

99. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Juli 2007, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7413	Schlussabstimmung	7446
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Staatsminister Josef Miller und Walter Nadler	7413	Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. November 1924 gemäß Art. 72 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern (Drs. 15/7745 – Zweite Lesung –	
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „ Bayern 2020: Kinder, Bildung, Arbeit “		Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 15/8584)	
Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber	7413,7444	Beschluss	7446
Franz Maget (SPD)	7424		
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	7432		
Joachim Herrmann (CSU)	7439		
Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen (s. a. Anlage)		Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder (Drs. 15/8274) – Zweite Lesung –	
Beschluss	7445	Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/8627)	
Gesetzentwurf der Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u. a. (CSU) zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 15/8231) – Zweite Lesung –		Beschluss	7446
Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/8640)			
Beschluss	7445	Schluss der Sitzung	7446

(Beginn: 13.02 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 99. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist natürlich erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Glückwünsche aussprechen. Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Herr Kollege Josef Miller, feierte am 12. Juli einen runden Geburtstag. Herr Kollege Walter Nadler hat heute Geburtstag. Er hat heute Abend eine gute Gelegenheit, ihn zu feiern. Ich gratuliere beiden Kollegen im Namen des ganzen Hauses und wünsche ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten zum Thema „Bayern 2020:
Kinder, Bildung, Arbeit“**

Hierzu erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Das renommierte Prognos-Institut aus Basel hat kürzlich alle 439 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland genau unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Unter den zehn Städten und Landkreisen mit den besten Zukunftschancen waren acht aus Bayern. Ich zitiere einen entscheidenden Satz aus der Studie:

Vor allem Städte und Landkreise in Bayern lassen den Rest der Republik zunehmend hinter sich.

Das war beileibe nicht immer so. Erst Mitte der 1980er-Jahre haben wir nach einer langen Aufholjagd den deutschen Durchschnitt im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreicht. Erst in den späten 1980er-Jahren hat Bayern beim Länderfinanzausgleich den Sprung vom Nehmerland zum Geberland geschafft – als einziges Land auf dauerhafter Basis.

Heute liegen wir mit 117 % des Bundesdurchschnitts bei der Wirtschaftskraft mit an der Spitze. Bayern ist heute auf allen wichtigen Gebieten Benchmark in Deutschland.

Unsere heutige Spitzenposition beim Wachstum und beim Pro-Kopf-Einkommen, unsere Vorreiterrolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und beim Abbau der Neuverschuldung, unsere Topwerte bei Bildungsvergleichen und Hochschulrankings sind keine Selbstläufer. Das ist die Leistung der Menschen aller Regionen und aller vier Stämme in Bayern. Das ist die Leistung unserer Unternehmer und Handwerker, unserer Arbeitnehmer und Wissenschaftler, unserer Lehrer und unserer Verwaltung. Das ist aber auch die Leistung einer vorausschauenden und gezielten Wachstums- und Modernisierungspolitik in Bayern.

Die Geschichte des modernen Bayern ist ein beispielloser Aufholprozess, der uns vom Schlusslicht an die Spitze der deutschen Länder geführt hat. Bayern nach vorn zu bringen, war das Ziel aller Bayerischen Ministerpräsidenten. Den Vorsprung weiter auszubauen, Bayern dauerhaft eine stärkere Dynamik zu geben, war das Ziel der vier von mir geführten Staatsregierungen.

Inzwischen haben auch andere Länder in Deutschland und Europa mit einer ähnlichen Politik die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Neue Herausforderungen sind hinzugekommen: die demografische Entwicklung mit all ihren unterschiedlichen Folgen für Bayern, die immer schneller voranschreitende Globalisierung, der weltweite Klimawandel. Wer im Wettbewerb stehen bleibt, fällt zurück. Wer auch im Jahr 2020 an der Spitze stehen will, muss heute die richtigen Weichen stellen.

Deshalb habe ich im Sommer des letzten Jahres den Wissenschaftlich-Technischen Beirat der Staatsregierung mit einem Zukunftsgutachten beauftragt. Der Wissenschaftlich-Technische Beirat, den noch mein Vorgänger Franz Josef Strauß ins Leben gerufen hatte, hatte bereits in den 1990er-Jahren wichtige Impulse zu Reformvorhaben wie der Hochschulreform und den Technologieprogrammen gegeben.

Meine Zielvorgabe für dieses neue Gutachten war, zu den Schlüsselthemen der Zukunft „Kinder, Bildung, Arbeit“ Ideen und Empfehlungen zu entwickeln. Auf diesen Feldern muss sich Bayern beweisen, damit wir auch im Jahr 2020 im Wettbewerb bestehen können, damit unsere Menschen hier Arbeit finden und Bayern lebendige und traditionsverbundene Heimat bleibt. Ich danke allen Mitgliedern der Kommission, die sich dieser Aufgabe gestellt haben, namentlich ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Henzler.

Diese Empfehlungen waren Grundlage für die weiteren Beratungen und erste Entscheidungen, die Kabinett und Mehrheitsfraktion gemeinsam getroffen haben. Ich danke allen Beteiligten in der CSU-Fraktion und der Staatsregierung für ihre engagierten Beiträge bei der konkreten Erarbeitung unseres Investitions- und Zukunftsprogramms „Bayern 2020: Kinder, Bildung, Arbeit“.

Mein Dank gilt Joachim Herrmann, der als Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der Haushaltsstrukturkommission das Programm maßgeblich mitgestaltet hat. Ich danke ganz besonders Günther Beckstein, der sich und seine Ideen mit hohem Engagement in Bayern 2020 eingebracht hat. Beide stehen wie die gesamte Mehrheitsfraktion voll hinter dem Programm.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, heute stelle ich Ihnen Grundzüge und Leitlinien von Bayern 2020 vor. Dieses Programm setzt fort, was wir in den Neunzigerjahren begonnen haben, nämlich Bayern immer wieder Vorsprünge zu erarbeiten und zu sichern.

Mit unseren beiden deutschlandweit einzigartigen Investitionsprogrammen „Offensive Zukunft Bayern“ und „High-tech-Offensive“ haben wir 4,3 Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen flächendeckend in die Zukunft Bayerns

investiert, vor allem in Forschung, Innovation, Wissenschaft und Existenzgründungen.

Wir haben unserer Hochschullandschaft neue, entscheidende Impulse gegeben, zum Beispiel mit neuen Fakultäten und sieben neuen Fachhochschulen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Und Studiengebühren!)

Parallel dazu haben wir das damals modernste Hochschulrecht Deutschlands geschaffen – gegen erbitterten Widerstand.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja!)

Wir haben bundesweit einzigartige Leuchtturmprojekte geschaffen, zum Beispiel den Forschungsreaktor München II, der modernste Neutronenforschung ermöglicht. Das gibt es sonst nirgends in Deutschland. Das gab zum Beispiel den entscheidenden Impuls für die Ansiedlung des europäischen Forschungs- und Entwicklungszentrums von General Electric nicht in Paris, nicht in London, nicht in Berlin, sondern in Garching.

Wir haben massiv Kompetenzzentren gefördert für neue Arbeitsplätze im ganzen Land. Martinsried ist heute europaweit führend im Bereich der Biowissenschaften. Vor 20 Jahren – vor zwei Jahrzehnten! – war dort noch grüne Wiese. Heute blühen dort die Wissenschaften. Auch deshalb baut zum Beispiel der Pharma-Riese Roche seinen Standort Penzberg zu einem weltweit führenden Zentrum für Biotechnologie aus. Und Erlangen, Mitte der Neunzigerjahre in einer schweren Krise, ist heute durch unsere gezielten Investitionen ein führender Standort der Medizintechnik. Das zeigt: Unsere Politik hat viel bewegt für zukunftsfähige Arbeitsplätze!

Die Politiker der Opposition dagegen – ich erinnere mich noch sehr gut daran – beschränkten sich seinerzeit

(Franz Maget (SPD): Welche sind das denn? – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

auf pure Ablehnung unserer Privatisierungspolitik.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Von „Verschleuderung des Tafelsilbers“ war die Rede. Ich habe damals gesagt: Das ist Unsinn. Ich kann es noch deutlicher sagen: Wir haben aus altem Vermögen neues gemacht mit einer hohen Dividende für das ganze Land.

(Beifall bei der CSU)

Die Wirtschaftskraft, die Arbeitsplätze, die Staatsfinanzen, die Bildung, die innere Sicherheit, die Kultur – überall ist Bayern heute weit vorn,

(Lachen bei den GRÜNEN)

und das bei einem ausgeglichenen Haushalt. Andere Länder sind zum Teil weit abgeschlagen und haben zudem eine wesentlich höhere Pro-Kopf-Verschuldung als wir.

Die anderen Länder orientieren sich an Bayern und wollen uns einholen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Ich frage mich schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, und vor allem Sie, meine Damen und Herren von der Opposition: Was wollen Sie denn eigentlich?

(Franz Maget (SPD): Zuhören! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber über Ihr Genörgel geht die Zeit hinweg.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Also wissen Sie: Ein Oppositionsführer von den GRÜNEN damals ist heute bei der CSU.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ein anderer von der SPD hat sich auf den Chefsessel des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge geflüchtet.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Die Dritte, einst Hoffnungsträgerin der bayerischen Genossen, ist – ich muss fast sagen: leider – schon längst nicht mehr in der Landespolitik tätig.

(Susann Biedefeld (SPD): Und Sie gehen jetzt auch in den Ruhestand! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Ministerpräsident. Sie haben anschließend die Gelegenheit zur Aussprache.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Ich weiß, dass Sie das aufregt, aber es ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Der aktuelle Oppositionsführer ist mit seiner Partei unter 20 % „im Tief fest verwurzelt“. Und er redet weiter munter davon, Volkspartei zu sein.

(Susann Biedefeld (SPD): Wer muss denn so reden?)

Die einzige Volkspartei in Bayern ist und bleibt die CSU, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Diese Erkenntnis sollte Sie aber nicht davon abhalten, heuer ein besonders rundes Jubiläum zu feiern: 50 Jahre Opposition in Bayern am Stück! Dazu sage ich Ihnen im Namen der Staatsregierung und der gesamten CSU: Herzlichen Glückwunsch! Weiter so!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Warum wollen Sie dann gehen? Das würde mich schon interes-

sieren! – Susann Biedefeld (SPD): Er muss gehen!)

Meine Damen und Herren, die Vision unserer Politik, die Idee von „Offensive Zukunft Bayern“ und „Hightech-Offensive“ war: Bayern braucht einen Innovationsschub.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit und schafft die Arbeitsplätze von morgen. Denn wir müssen immer so viel besser sein, wie wir letztlich auch teurer sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nein, das stimmt nicht!)

Wir müssen unseren Wettbewerbern immer einen Schritt voraus sein – gerade als ein Land, das 47 % seines Wohlstands durch Export erwirtschaftet. Die Ergebnisse zeigen: Unser Ansatz war richtig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und warum geht er dann, wenn er so gut ist?)

In den Jahren 1993 bis 1995 lag das bayerische Wirtschaftswachstum noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Mit der „Offensive Zukunft Bayern“ und der „Hightech-Offensive“ folgte dann ab dem Jahr 1996 ein regelrechter Wachstumsschub. In den zehn Folgejahren lag Bayern mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2,4 % jährlich um einen ganzen Prozentpunkt über dem Bundesschnitt. Das heißt, die Wohlstandsschere öffnete sich deutlich zugunsten Bayerns. Jetzt, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, geht es darum, Bayern einen zusätzlichen Schub zu geben, um unsere Spitzenposition bei Wachstum und Beschäftigung zu verteidigen und weiter auszubauen, damit unser Land und unsere Gesellschaft nachhaltig stabil und lebenswert bleiben.

(Susann Biedefeld (SPD): Das macht dann Ihr Nachfolger!)

In den Neunzigerjahren lag der Schwerpunkt unserer Programme bewusst auf der Technologie- und Innovationsförderung. Wichtige Industrien wie die Unterhaltungsindustrie, die Textilindustrie, die Möbelindustrie oder die Keramikindustrie sind damals im Zuge der Globalisierung weggebrochen. Ich nenne nur das Beispiel Grundig.

Deshalb haben wir die Voraussetzungen für neue, zukunfts- und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen – mit Schwerpunkten auf Forschung, Innovation und Hochtechnologie.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): In Selb, in Weiden!)

Jetzt sind auch Staaten wie China oder Indien mit ihrer Milliardenbevölkerung in den globalen Wettbewerb eingetreten. China bildet schon heute jedes Jahr weit mehr als eine halbe Million Ingenieure aus. Die Tendenz ist weiter steigend. Indien ist auf dem Weg zu einem äußerst dynamischen Global Player. Das Land gilt inzwischen als Weltmarktführer bei der Software-Entwicklung. Wir müssen also alles tun, um unsere Innovationskraft zu erhalten und zu steigern. Das heißt im Besonderen: Wir brauchen eine optimale Förderung unserer Kinder und Jugendlichen.

Das ist gut für das Land. Das ist aber auch gut für den Einzelnen selbst. Kein Talent darf verloren gehen. Der Rohstoff Geist ist das Wertvollste, was wir haben.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gut erkannt! – Ludwig Wörner (SPD): Das fällt Ihnen nur zu spät ein! – Franz Schindler (SPD): Zehn Jahre zu spät!)

Das sind Investitionen in die Köpfe. Das schafft Zukunft. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb heißt der erste Schwerpunkt unseres Programms Bayern 2020 ganz bewusst: Kinder.

Wir müssen heute feststellen, dass immer weniger Menschen ihren Kinderwunsch realisieren. Dazu eine Zahl: 1960 wurden in Bayern über 170 000 Kinder geboren. 2005 waren es noch knapp über 100 000. Ein Rückgang um 40 %!

(Franz Maget (SPD): Das Ergebnis Ihrer Familienpolitik! – Thomas Kreuzer (CSU): So ein Blödsinn! Woanders ist es viel schlechter!)

Familien zu stärken, Mut zu Kindern zu machen, für eine familienfreundliche Gesellschaft zu kämpfen, ist Aufgabe der Politik. In den letzten Jahren hat es durchaus Veränderungen in unserer Familienpolitik gegeben.

(Zurufe von der SPD: Ach ja?!)

Das will ich gar nicht bestreiten. Im Gegenteil: Es war immer die große Stärke der CSU, zur rechten Zeit gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen und sich auf der Grundlage unserer festen Wertebasis weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zur rechten Zeit, das ist gut gesagt!)

Mütter wollen heute stärker erwerbstätig sein. Dafür gibt es vielfältige Gründe: Ökonomische Zwänge, veränderte Biografien, Lebensentwürfe und Lebenswirklichkeiten sowie die hervorragende Ausbildung junger Frauen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Haben Sie das auch schon verstanden?)

Unabhängig davon müssen wir feststellen, dass in manchen Familien die Erziehungskraft nachgelassen hat. Das hat zu Vernachlässigungen und Verwahrlosungen von Kindern geführt. Deshalb müssen wir noch mehr für unsere Kinder tun.

Wir haben schon in den vergangenen Jahren gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Kinderbetreuung in Bayern auszubauen. Dabei setzen wir nicht wie die Opposition nur stur auf Krippen, sondern auf die ganze Breite von Betreuungsmöglichkeiten, also gerade auch auf private Initiativen und Tagesmüttermodelle.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Betreuungs-Mixa!)

Wahlfreiheit bedeutet nicht nur bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wahlfreiheit heißt auch, zwischen verschiedenen Betreuungsformen und Betreuungsmöglichkeiten wählen zu können. Zu dieser Wahlfreiheit gehört für uns zum einen das Landeserziehungsgeld, das wir als eines von leider nur vier Ländern gewähren. Zum anderen gehört dazu künftig aber auch das Betreuungsgeld für die Familien, die ihre Kinder nach wie vor – aus welchen Gründen auch immer – zu Hause betreuen und erziehen wollen. Damit wollen wir die Gerechtigkeitslücke für diejenigen Familien schließen, die ihre Kinder zu Hause erziehen und die dafür keine staatlichen Leistungen in puncto Betreuung in Anspruch nehmen. Das ist für uns wesentlich.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, machen unser Betreuungsgeld, das wir fordern, als „Herdprämie“ madig. Das, was Sie hier tun, ist ungeheuerlich. Sie unterstellen pauschal den Eltern, sie würden das Geld nicht zum besten Wohl ihrer Kinder einsetzen.

(Franz Maget (SPD): Sie unterstellen das! Frau von der Leyen unterstellt das!)

Das mag in Einzelfällen zutreffen. Mit dieser abwertenden Wortwahl, mit dieser Diffamierung treffen Sie aber Millionen von Hausfrauen, Müttern und Eltern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Wenn man diese Leistung als „Herdprämie“ diffamiert, klingt das in den Ohren Einzelner ganz gut. Was tun Sie aber damit? Mit dieser Diffamierung treffen Sie Millionen von Hausfrauen, Müttern und Eltern, die Tag für Tag eine gewaltige Leistung erbringen. Die fühlen sich damit von Ihnen diffamiert, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wollen wir auch herausstellen.

(Beifall bei der CSU)

Ich versichere Ihnen auch, dass es die CSU niemals zulassen wird, dass diese Lebensleistung nicht mehr den Respekt und die Anerkennung erhält, die sie verdient.

Meine Damen und Herren, aller negativen Propaganda der Opposition zum Trotz: Wir haben die Betreuung massiv ausgebaut.

(Simone Tolle (GRÜNE): Verwahrnstanalten haben Sie gemacht!)

Bayern kann sich im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern sehen lassen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Letzter Platz!)

Bei den Kindern unter drei Jahren haben wir eine Bedarfsdeckung von etwa 10 %. Für die Kinder im Kindergartenalter haben wir eine absolute Bedarfsdeckung. Seit 2001 haben wir die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren verdreifacht.

(Susann Biedefeld (SPD): Von welchem Niveau aus?)

Allein im letzten Jahr sind fast 10 000 neue Betreuungsplätze entstanden. Das zeigt, dass unser 313-Millionen-Euro-Sonderprogramm ein durchschlagender Erfolg war. Daran schließen wir an. Mit Bayern 2020 werden wir die Kinderbetreuungsmöglichkeiten weiter bedarfsgerecht ausbauen und ganz gezielt Investitionsvorhaben der Träger zusätzlich fördern. Wir wollen rund 30 000 neue Betreuungsplätze schaffen. Dafür sind im Programm Bayern 2020 für die Startphase 100 Millionen Euro vorgesehen. Das ist ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, und es ist auch ein großer Schub für mehr Wahlfreiheit für die Eltern.

Neben dem quantitativen Ausbau der Betreuung geht es uns natürlich auch darum, die Qualität von Betreuung und Erziehung zu steigern. Deshalb haben wir schon 2005 als erstes Land einen Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten vorgelegt und so die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur frühkindlichen Bildung umgesetzt. Wir haben die Sprachförderung auf neue Grundlagen gestellt: In Bayern gilt, dass künftig niemand in den Regelunterricht kommt, der kein Deutsch versteht. Die deutsche Sprache ist wichtig für alle Kinder. Daran entscheidet sich, ob sie später als Erwachsene am kulturellen, am politischen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Im Rahmen von Bayern 2020 werden wir die Sprachförderung für alle Kinder, die hier Defizite haben, also auch für deutsche Kinder, entscheidend weiter verbessern. Hier kommt es in besonderer Weise auch auf unsere Erzieherinnen und Erzieher an. Wir werden sie in die Lage versetzen, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Für Qualitätsverbesserungen in der Kinderbetreuung stellen wir im Rahmen von Bayern 2020 zusätzlich 40 Millionen Euro bereit.

Meine Damen, meine Herren, der zweite Schwerpunkt unseres Programms Bayern 2020 heißt: Bildung.

Seit 50 Jahren, seit 1957, regiert die CSU ununterbrochen in Bayern.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Wir konnten deshalb auch eine kontinuierliche und konsequente Bildungspolitik für unsere Kinder betreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diese Bildungspolitik war mit Voraussetzung für den Aufhol- und den Überholprozess Bayerns.

Unser Ziel lautete zu jeder Zeit: Beste Bildung für unsere Kinder.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren von der Opposition: Da ich schon eine geraume Zeit hier im Landtag bin, seit 1947,

(Lebhafte Heiterkeit und Verwunderung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

habe ich eine ganze Reihe von Debatten im Kopf. Was meinen Sie, wie Bayern heute dastünde, wenn Hans Maier und Hans Zehetmair damals die Bildungspolitik der SPD-regierten Länder

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mitgemacht hätten! Das Ziel so mancher Bildungsexperimente der 70er- und 80er-Jahre war doch: Gesellschaftsveränderung über die Schulen, Gleichmacherei, Niveauabsenkung, Diffamierung von Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Disziplin. Das waren in vielen Ländern keine besonderen Sekundärwerte mehr. Mit einer solchen Bildungspolitik wäre Bayern kaum an die Spitze der Länder in Deutschland vorgestoßen. Bildung, die Niveau hat, Bildung, die Anforderungen stellt, war in Bayern immer zu Hause.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Das vor allem hat unser Land stark und wettbewerbsfähig gemacht, und an dem Ergebnis können Sie nicht vorbei. Warum haben wir in den letzten Jahrzehnten in all diesen Bereichen alle anderen Länder mehr oder weniger überholt? Die alten Experimente auf Kosten der Kinder sind in der Zwischenzeit großflächig gescheitert. Die Pisa-Ergebnisse waren für viele Länder ein ernüchternder Weckruf.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auch und ganz speziell für Bayern!)

Diese Länder wollen jetzt zu uns aufholen, sie orientieren sich an Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie einmal die Äußerungen meiner Kollegen Jürgen Rüttgers, Roland Koch und Christian Wulff. Immer wieder wird – sozusagen in der Vorgabe dieser Ministerpräsidenten für ihre Länder – als Ziel angegeben, Bayern zu erreichen, Bayern zu überholen, sich an die Spitze zu setzen.

(Susann Biedefeld (SPD): Die gehen weg vom dreigliedrigen Schulsystem! – Gegenruf von der CSU: Stimmt überhaupt nicht!)

Die Ideale unserer bayerischen Bildungspolitik haben sich wieder durchgesetzt.

Bei aller aktuellen Diskussion über Schulstress und Überforderung will ich einmal eines festhalten: Schule heißt auch Vorbereitung auf das Leben. Und das Leben bringt Anstrengung mit sich und fordert dem Einzelnen Leistung ab. Auch darauf muss die Schule vorbereiten. Verzicht auf Leistung hilft unseren Schülern überhaupt nicht, weil dann der Berufseinstieg umso schwieriger wird.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, auch für die Bildung gilt: Der Wettbewerb ist nicht mehr nur national, er ist global – und er ist schärfer geworden. Deshalb gewinnt Bildung einen noch höheren Stellenwert, als sie ihn bisher schon hatte. Bildung ist heute der wichtigste

und nachhaltigste Beitrag für die weitere Entwicklung Bayerns, und Bildung ist das Megathema des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU)

Bildung, der Rohstoff Geist, ist die einzige Ressource, die wir haben und die wir sogar vermehren können, und das wollen wir tun.

Bildung ist der Schlüssel zum Wohlstand und zur Zukunft in einer immer komplexer werdenden Welt im globalen Wettbewerb.

Bildung ist die Chance für unsere Kinder, etwas aus ihrem Leben zu machen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber nur für die Reichen in Bayern! – Starker Widerspruch bei der CSU)

Nicht Umverteilung, sondern Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Bildung ist die beste Vorsorge für Beruf und Leben. Bei allen unseren bildungspolitischen Reformen stand das hohe Niveau bayerischer Bildung nie zur Disposition – im Gegenteil: Wir haben die einzelnen Schularten gezielt weiter gestärkt,

(Lachen bei der SPD)

zum Beispiel durch neue Lehrpläne, die sechsstufige Realschule oder die Einführung von Praxis- und Mittlere-Reife-Klassen an den Hauptschulen. Wir haben das Gymnasium durch die Verkürzung auf acht Jahre national und international wettbewerbsfähig gehalten

(Zuruf von den GRÜNEN)

und gleichzeitig die hohe Qualität der Ausbildung gesichert.

Meine Damen, meine Herren, unser Programm Bayern 2020 setzt innerhalb der Bildungspolitik einen klaren Schwerpunkt bei den Hauptschulen. Es geht hier um mehr als ein Drittel aller 10- bis 16-jährigen Jugendlichen in Bayern.

(Zuruf von der SPD)

Die Hauptschule hat in Bayern Zukunft!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Als ich vor Kurzem beim Hauptschulgipfel in Ingolstadt war, hat mich eine Zahl beeindruckt: Mehr als die Hälfte aller gewerblichen Azubis im AUDI-Stammwerk haben Hauptschulabschluss. Und im bayerischen Handwerk kommen mehr als zwei Drittel aller Lehrlinge aus der Hauptschule.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich halte manche Aussagen der Damen und Herren von der Opposition in diesem Zusammenhang für verantwortungslos,

(Beifall bei der CSU)

und ich fordere Sie auf: Machen Sie nicht ständig die Hauptschulen madig und damit die Schülerinnen und Schüler, die dort lernen, und die Lehrkräfte, die sie unterrichten!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Sie machen die Hauptschule kaputt!)

Sie müssen sich einmal darüber klar werden – aber Sie haben wahrscheinlich nicht genügend Kontakt zur Bevölkerung –,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh, oh!)

wie Ihre Tiraden bei den Hauptschülerinnen und -schülern und deren Eltern ankommen. Aber das ist Ihr Problem, genauso wie die Tatsache, dass Sie in der Sache nichts zu entscheiden haben.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN – Susann Biedefeld (SPD): Sie haben auch nichts mehr zu entscheiden! Vorbei ist's!)

Wir werden die Hauptschule weiter stärken,

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

um ihr eigenständiges Profil zu schärfen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und die Schüler besser fördern zu können. Wir wollen die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, spürbar senken.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte sind:

Erstens: Wir wollen eine Hauptschule, die den verschiedenen Neigungen und Fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler entgegenkommt. Deshalb werden wir der Hauptschule ein neues Profil geben – mit einer technischen, einer kaufmännischen und einer sozialen Ausrichtung.

Zweitens: Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen und Wirtschaft weiter fördern und ausweiten.

Und drittens: Wir werden die Ganztagsangebote im Programm Bayern 2020 massiv ausbauen.

Erziehungsdefizite, Lernschwierigkeiten oder soziale Probleme sind in Hauptschulen häufiger anzutreffen als an anderen Schularten.

Mit Ganztagschulen können wir diese Defizite und Probleme besser auffangen.

(Zurufe von der SPD)

Und ein Weiteres, meine Damen, meine Herren: Bei einem Besuch einer Hauptschule in München – zwei Drittel der Kinder dort kommen aus Familien mit Migrationshintergrund –

(Franz Maget (SPD): Es war Ihnen bis dahin unbekannt, dass es so etwas gibt!)

hat mir der Rektor gesagt: „Ich soll mit den Kindern über Ostern, Pfingsten und Weihnachten sprechen – in einer christlichen Gemeinschaftsschule. Wie soll ich das machen, wenn die Mehrheit der Klasse gar nicht weiß oder auch nicht wissen will, was Ostern, Pfingsten und Weihnachten sind und welchen Hintergrund diese Feste haben?“

Das sind Themen und Probleme, die wir morgen und übermorgen verschärft bekommen werden. Ich hoffe, dass in der Ganztagschule die notwendige Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in unsere Alltagskultur besser gelingt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir werden deshalb ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Netz gebundener Ganztagschulen ausbauen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Zu spät! – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Bedarfsgerecht heißt: Ob ein Schüler ein Ganztagsangebot wählt oder nicht, bleibt ihm und seinen Eltern überlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Er kann weiterhin zwischen der Halbtagschule und der Ganztagschule frei wählen.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Unser erstes Etappenziel lautet: In fünf Jahren soll jede zweite Hauptschule in Bayern Ganztagschule sein.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die anderen gibt's dann nicht mehr!)

Das heißt in Zahlen: über 600 Ganztagschulen in Bayern, flächendeckend. Um dieses Ziel zu erreichen, starten wir mit einem 100-Millionen-Euro-Programm, das heißt, zusätzlichen Investitionen.

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fordern kann man immer leicht. Forderungen müssen aber eingepasst sein in die Gesamtsituation, und die Gesamtsituation heißt: Wir handeln, wenn wir handeln müssen und wenn wir vor allen Dingen handeln können.

(Beifall bei der CSU)

Kunst, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt von „können“ und nicht von „wollen“.

Die Hauptschulen sind ein wichtiger erster Schritt. In der weiteren Umsetzung von Bayern 2020 wird es dann darum gehen, auch den Ausbau von Ganztagsangeboten in den Grundschulen und den anderen Schularten zu forcieren.

Meine Damen, meine Herren, der starke Zuzug von Menschen aus anderen Teilen Deutschlands nach Bayern – es muss ja einen Grund haben, warum die Einwohnerzahl in Bayern jedes Jahr um 50 000 Menschen zunimmt, die aus anderen Teilen Deutschlands kommen –, der doppelte Abiturientenjahrgang durch die Einführung des G 8 und ein verändertes Bildungsverhalten werden in den nächsten Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Studentenzahlen in Bayern führen. Das ist in der Wissensgesellschaft von heute eine riesige Chance für uns. Mehr Studenten, das heißt: mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker und mehr hoch qualifizierte Kräfte für Forschung und Wirtschaft. Deshalb werden wir mit unserem Zukunftsprogramm in zusätzliche Studienplätze und in die Qualität unserer Hochschulen 570 Millionen Euro investieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Noch zwölf Seiten!)

Bis 2011 werden wir 38 000 zusätzliche Studienplätze an bayerischen Universitäten und Fachhochschulen einrichten. Wir schaffen dafür 3000 neue Stellen an den Hochschulen. Dabei setzen wir einen klaren Schwerpunkt in Fächern mit besonderer Arbeitsmarktrelevanz. Mehr als die Hälfte der neuen Studienplätze sollen in den Ingenieur-, in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften entstehen.

Wir legen ein flächendeckendes Neubau- und Investitionsprogramm auf für die durch den Kapazitätsausbau notwendigen Erweiterungen und Umbauten in Lehre und Forschung.

Meine Damen, meine Herren! Unsere Hochschulen haben national und international ein hohes Renommee. Dieses Renommee werden wir weiter stärken und ausbauen, um unsere Innovationsfähigkeit, unsere Dynamik zu bewahren. Schon heute werden in Bayern 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit stehen wir national, aber auch international hervorragend da. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben. Aus Forschung, aus Innovationen, aus Patenten entstehen die Arbeitsplätze von morgen.

Andere Länder holen auf. Deshalb gibt das Gutachten Bayern 2020 eine ehrgeizige Zielmarke aus: 3,6 % für Forschung und Entwicklung bis 2020. Das ist machbar, und das hält Bayern an der Spitze des Fortschritts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dafür geben wir heute den Startschuss – mit kräftigen Zukunftsinvestitionen. Wir stärken die Forschungskompetenz unserer Universitäten mit Leuchtturmprojekten auf den Zukunftsfeldern der Medizin, Biotechnologie, Pharmazie und Nanotechnologie. Dafür setzen wir im Rahmen von Bayern 2020 135 Millionen Euro ein.

Am Standort Großhadern/Martinsried schaffen wir mit dem Biomedizinischen Zentrum einen national und inter-

national herausragenden Leuchtturm für Spitzenforschung auf dem Gebiet der Bio- und der Lebenswissenschaften.

An der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg führen wir in einem neuen „Chemikum“ die bisher zersplitterten chemischen Institute zusammen und schaffen ein überregional bedeutsames Zentrum für Klinische Forschung. Das erhöht die Attraktivität des Medizinstandortes Erlangen für nationale und internationale Forscher und die Wirtschaft weiter.

An der Technischen Universität München erweitern wir das Walter-Schottky-Institut und forcieren so die Exzellenz Bayerns in der Halbleiter-Nanotechnologie.

Bayernweit fördern wir ein Forschungsnetzwerk Immuntherapie, um die bayerischen Hochschulen und die Wirtschaft in diesem Wissensfeld optimal zu vernetzen. Hier geht es um konkrete Verbesserungen bei der Bekämpfung von Krebs sowie Infektions- und Autoimmunkrankheiten.

Aus dem allgemeinen Haushalt finanzieren wir den Neubau des OP-Bereichs des Klinikums Großhadern. Dort entsteht das größte räumlich zusammenhängende OP-Zentrum Europas. Das wird ein weiteres Aushängeschild für den Medizinstandort Bayern.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist der Transrapid. Er ist weit über Bayern hinaus ein Technologieleitprojekt für ganz Deutschland. Ich sage deutlich: Wir wollen ihn realisieren. Und wir werden dazu unseren beachtlichen Beitrag leisten, und zwar aus Privatisierungserlösen und nicht aus dem allgemeinen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt: Der Transrapid konkurriert nicht mit den anderen Nahverkehrsprojekten um die gleichen Fördertöpfe.

Im Übrigen: Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Verwirklichung der Magnetschwebbahn als Aushängeschild deutscher Innovationsfähigkeit vorgesehen. Aber Sie wissen auch: Nicht nur im gegenwärtigen Koalitionsvertrag, sondern auch in den Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Bundesregierung von 1998 und 2002 ist der Transrapid verankert. Das vergisst die Opposition nur zu gerne. In den wenigen Fällen, in denen Rot-Grün etwas Vernünftiges beschlossen hat, stehen wir auch heute noch dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das alles ist ein kräftiger Modernisierungs- und Wissenschaftsschub für Bayern. Das alles wird sich in Forschung, in Patenten, in Innovationen, in Produkten, in Wachstum, in Arbeitsplätzen niederschlagen – zum Wohle der Menschen in Bayern.

Arbeit ist der dritte Schwerpunkt von Bayern 2020. Wir unterstützen standortrelevante Innovationsvorhaben im ganzen Land, um weitere Ansiedlungen von Forschungs- und Produktionsstätten in Bayern zu erreichen.

Wir stellen mit einer Anschubfinanzierung die Weichen für die Errichtung neuer Fraunhofer-Institute in Bayern

und bauen so die Infrastruktur für angewandte, das heißt besonders wirtschaftsnahe Forschung außerhalb der Universitäten aus. Dazu ein Beispiel: Im Erlanger Fraunhofer-Institut wurde der MP3-Player erfunden. Das hat zwar auch in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen, etwa 9000, aber noch viel mehr im Ausland. Dort wird diese Erfindung besser vermarktet, als wir das selber tun.

So etwas sollte uns möglichst nicht mehr passieren. Wir wollen, dass Erfindungen schneller in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Daher setzen wir mit unserer Cluster-Initiative auf eine optimale Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Schon jetzt läuft sie hervorragend – 3000 Unternehmen sind in den Clustern bayernweit aktiv. Dabei sollen sich die besten Vorhaben und die besten Projekte in einem Ideenwettbewerb durchsetzen.

Für diese Maßnahmen stehen im Rahmen von Bayern 2020 zusätzlich 250 Millionen Euro bereit.

Wenn wir über Arbeit und gute Lebensbedingungen im ganzen Land sprechen, müssen wir auch für gute Lebens- und Berufschancen im ländlichen Raum sorgen. Bayern 2020 setzt auch hier ganz bewusst einen zusätzlichen, besonderen Akzent für unseren ländlichen Raum. Dafür sind 155 Millionen Euro vorgesehen.

Wir stärken die Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum durch zusätzliche Mittel für den Staatsstraßenbau in der Größenordnung von 100 Millionen Euro.

Wir steigern die Attraktivität des Lebensraums durch zusätzliche Gelder für Dorferneuerung und Städtebauförderung in der Größenordnung von 30 Millionen Euro. Das stärkt im Übrigen auch das örtliche Handwerk.

Wir stocken unser erfolgreiches Darlehensprogramm für die Tourismusförderung in Bayern kräftig auf, und zwar von 100 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU)

Als Tourismusland Nummer eins in Deutschland müssen wir unsere Gäste mit attraktiven und innovativen Angeboten halten und neue Gäste gewinnen. Tourismus bringt Arbeit, gerade in den ländlichen Raum. Und vergessen wir auch nicht: Tourismus trägt nicht unwesentlich zum Einkommen unserer Bauern bei.

Es war die CSU, die für gleichwertige Chancen im Land Sorge getragen hat. Ende des Jahres werden die Mehrheitsfraktion und die neue Staatsregierung ein umfassendes Konzept für die Zukunft des ländlichen Raumes vorstellen.

Auch diesbezüglich muss ich einen kurzen Blick in die Vergangenheit werfen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wären die Thesen zur Stadtentwicklung des damaligen Raumordnungsministers Vogel Wirklichkeit geworden, der sinngemäß sagte: Was schadet es dem bayerischen Wald, wenn dort noch ein paar Bäume mehr wachsen? Die Masse der Menschen wird im Jahr 2000 in den Ballungsgebieten leben, und wir müssen dies fördern. – Die damaligen Vertreter der CSU haben sich dagegen gestemmt. Wäre man dieser Konzeption gefolgt, hätten

wir heute – leider – keine Diskussion um den ländlichen Raum mehr, denn es gäbe ihn nicht mehr, wenn wir die Infrastruktureinrichtungen in den Städten vorwiegend zu Lasten des ländlichen Raums finanziert hätten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Bewahrung der Schöpfung in Einklang zu bringen mit technologischem Wandel, das war und ist eine besondere Herausforderung.

(Franz Maget (SPD): Und jetzt die Bewahrung der Schöpfung! Ausgerechnet! – Weitere Zurufe von der SPD)

Eine umweltpolitische Herausforderung von globalem Ausmaß ist der Klimaschutz. Das hat uns eine aufrüttelnde Studie der UN erst jüngst wieder überdeutlich vor Augen geführt. Bundeskanzlerin Merkel hat dieses Thema zu Recht ganz oben auf die Agenda der erfolgreichen deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G 8-Vorsitzes gesetzt.

(Susann Biedefeld (SPD): Im Gegensatz zur CSU in Bayern!)

Bayern kann hier schon Beachtliches vorweisen: Über 80 % der Stromerzeugung in Bayern sind CO₂-frei, vor allem wegen der Kernkraft und wegen der Wasserkraft. Wir haben pro Einwohner mit die geringste CO₂-Emission in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sehr nachhaltig! Tausende Jahre nachhaltig! – Weitere Zurufe von der SPD)

Nur so viel auf Ihren Einwand. Sie haben hier einen Pawlowschen Reflex.

Diesen Vorsprung bei der CO₂-Reduzierung wollen wir halten und weiter ausbauen. Deshalb sind im Rahmen unseres Programms Bayern 2020 heute schon 150 Millionen Euro für den Klimaschutz reserviert. Eine Arbeitsgruppe des Kabinetts wird bis zum Herbst konkrete Vorschläge vorlegen. Dann wird die neue Staatsregierung gemeinsam mit der Mehrheitsfraktion entscheiden, wie die Maßnahmen im Rahmen von Bayern 2020 umgesetzt werden.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen, meine Herren, insgesamt werden wir in einer ersten Etappe 1,5 Milliarden Euro in unser Programm Bayern 2020, in Kinder, in Bildung, in Arbeitsplätze, in Klimaschutz investieren. Wohlgermerkt: 1,5 Milliarden Euro, 1500 Millionen Euro zusätzlich zum regulären Haushalt in den nächsten vier Jahren. Diese 1,5 Milliarden Euro sind ein erster Impuls, eine Initialzündung, ein Startschuss.

Die Gutachter selbst gehen von Gesamtinvestitionen von bis zu 8 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 aus. Das zeigt im Übrigen: Die Meinung, ich wolle die Politik bis zum Jahr 2020 festlegen und meine Nachfolger binden, ist blanker Unsinn. Wir geben im Jahr 2008 für dieses Programm mit 1,5 Milliarden Euro den Anstoß. Die weiteren Investitionen

legen dann die neue Staatsregierung und die künftigen Landtage fest.

Die Gutachter gehen davon aus, dass Bayern bis zum Jahr 2020 um einen halben Prozentpunkt pro Jahr schneller wachsen kann als der Durchschnitt Deutschlands, wenn alle Wachstumspotenziale ausgeschöpft werden. Die Offensive Zukunft Bayern und die Hightech-Offensive Bayern haben in zehn Jahren dazu geführt, dass wir 1 % Wirtschaftswachstum mehr hatten als der Bundesdurchschnitt. Das war der Mehrwert. Ein halbes Prozent mehr Wachstum über einen langen Zeitraum – das ist ein großes Ziel; denn man muss sehen, dass es heute in anderen Ländern Landesregierungen mit CDU-Ministerpräsidenten gibt, die eine ganz andere Politik an den Tag legen als ihre SPD-Vorgänger, auch in Bezug auf Wirtschaftswachstum. Insoweit erwächst uns eine größere Konkurrenz, als das früher der Fall war.

Meine Damen, meine Herren, Bayern 2020 wird wie die Offensive Zukunft Bayern und wie die Hightech-Offensive Bayern einen Beitrag dazu leisten, Bayern insgesamt zu stärken, Bayern in allen Regionen, in Stadt und Land, in Wirtschaft und Kultur, in der Landwirtschaft und im Mittelstand, in der Bildung und in der Forschung.

1,5 Milliarden Euro für ein Zukunftsprogramm nur aus Haushaltsmitteln – das schafft kein anderes Land in Deutschland!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dies ist mit entscheidend. Es kommt nicht nur auf das Wollen, sondern auch auf das Können an.

(Zurufe von der SPD)

Es kommt ganz deutlich heraus, dass wir damit einen entscheidenden Impuls setzen können. Sie können so viel schreien, wie Sie wollen, jetzt zahlt es sich aus, dass wir in dieser Legislaturperiode eine klar bestimmte Reihenfolge eingehalten haben.

(Beifall bei der CSU)

Das Motto dieser Legislaturperiode heißt: Sparen, Reformieren, Investieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Kaputtsparen, kaputtsparen, kaputtsparen!)

Auch hier gilt: Wir haben Wort gehalten. Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir konsolidiert und Bayern so aufgestellt, dass wir keine neuen Schulden mehr machen.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Jetzt, gegen Ende der Legislaturperiode, müssen wir nicht wie andere Länder die Steuermehreinnahmen für den Ausgleich des Haushalts verwenden.

(Zuruf von der SPD)

– Lesen Sie bitte einmal nach, was meine Kollegen in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in Baden-Württemberg gegenwärtig tun und tun müssen. Sie müssen die Mehreinnahmen, die sie jetzt durch die konjunkturelle Situation erzielen, zur Haushaltsdeckung verwenden und können bei Weitem nicht das investieren, was wir in Bayern investieren. Ich sage Ihnen: Dieses Programm wird wieder eines werden, das sich die anderen Länder zum Vorbild nehmen. Aber 1,5 Milliarden Euro werden sie nicht so leicht aus Haushaltsmitteln aufbringen können, wie wir das aufgrund der Politik, die wir in den letzten Jahren betrieben haben, tun können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir können die Steuermehreinnahmen in die Zukunft investieren, und die gesparten Zinsen im Übrigen auch. Aktuell erwarten wir in diesem und im nächsten Jahr 3,3 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Vielleicht werden es noch mehr. 1,5 Milliarden davon fließen in Bayern 2020.

Das, was ich heute vorstelle, ist natürlich kein umfassendes Programm, das alle Felder der Landespolitik abdeckt. Das will es nicht sein, und das kann es auch nicht sein. Bayern 2020 konzentriert sich bewusst auf bestimmte Bereiche, die für die weitere Entwicklung Bayerns entscheidend sind: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze.

Aufgrund unserer soliden Finanzlage bleibt im Nachtragshaushalt 2008 und in den kommenden regulären Doppelhaushalten noch genügend Raum für andere wichtige Bereiche der Landespolitik, zum Beispiel für die Stärkung des ländlichen Raums, für die Unterstützung unserer bäuerlichen Landwirtschaft, für die Beseitigung des Abfinanzierungsstaus bei kommunalen Investitionen und für wichtige Projekte für das soziale Bayern.

(Zurufe von der SPD)

Den ausgeglichenen Haushalt haben wir uns 1998 vorgenommen und 2006 erreicht. 1998 sind wir mit dieser zentralen Ansage vor die Bürgerinnen und Bürger Bayerns getreten, 2002 und 2003 genauso. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir für diese und andere Positionen eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gewonnen haben, die sich hinter uns stellt, nicht hinter Sie.

(Beifall bei der CSU)

Der ausgeglichene Haushalt ist ein Wendepunkt. Er hat natürlich Einfluss auf die Diskussion in der Kommission zur Föderalismusreform II. Es gibt ein Umdenken in Deutschland insgesamt dahin gehend, dass man nicht mehr aus-

geben soll, als man einnimmt. Ich übergebe – das sage ich mit einem gewissen Stolz – an meinen Nachfolger den mit weitem Abstand solidesten Haushalt aller Länder in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Finanzpolitik steht für Nachhaltigkeit und für Generationengerechtigkeit. Wir leben nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen; denn die Schulden von heute schnüren als Zinsen und Tilgungslasten von morgen künftigen Generationen die Luft ab. Nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development – gilt nicht nur für den Umweltbereich, sondern genauso für die Finanzpolitik.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das haben Sie von der Opposition im Gegensatz zu Ihren Kollegen in anderen Ländern noch immer nicht begriffen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir in der Vergangenheit so wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen gewirtschaftet hätten, dann müssten wir heute jeden zehnten Euro unserer Einnahmen für Zinsen ausgeben. Das würde Jahr für Jahr 2 Milliarden Euro mehr nur für den Schuldendienst oder umgekehrt 2 Milliarden Euro weniger für Investitionen in die Zukunft unseres Landes bedeuten. Man muss sich einmal die Schiefelage in Deutschland ansehen. Herr Kollege Carstensen sagt mir, er habe einen Landshaushalt in Höhe von 8 Milliarden Euro, aber 1 Milliarde Euro Zinsen zu zahlen. Auch Bayern muss 1 Milliarde Euro Zinsen zahlen, hat aber ein Haushaltsvolumen von 36 Milliarden Euro. Das muss man sich einmal vorstellen: Wären wir in einer vergleichbaren Situation wie Schleswig-Holstein, dann müssten wir 4 Milliarden Euro Zinsen jährlich zahlen. Wir könnten dann natürlich bei Weitem nicht so in die Zukunft investieren, wie wir das gegenwärtig machen und künftig machen wollen. Das ist für mich am Ende der entscheidende Maßstab.

Für mich ist eines sicher: Ohne die Vorreiterrolle Bayerns beim ausgeglichenen Haushalt, ohne die politische Diskussion, die wir dazu angestoßen haben, wäre die „Neuverschuldung Null“ in anderen Ländern, beim Bund und in den Verhandlungen zur Föderalismusreform II kein Thema. Der Weg zur „Neuverschuldung Null“ war nicht leicht. Wir haben uns weiß Gott nicht nur Freunde gemacht, ich im Besonderen nicht.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wir mussten Reformen durchführen, die oft schmerzhaft waren. Ich weiß nur zu gut: Es war vor allen Dingen für die Mitglieder der Mehrheitsfraktion, der CSU-Fraktion, nicht einfach, die Menschen in Bayern auf diesem unbequemen Weg mitzunehmen. Ohne das Durchhaltevermögen der Mehrheitsfraktion und der Staatsregierung wären wir nicht da, wo wir heute sind. Es gab auch bei uns Diskussionen und schmerzliche Entscheidungen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage im Nachhinein ein herzliches Dankeschön. Damals, 2004, gab es eine Diskussion über 16 Stunden in der CSU-Landtagsfraktion über entscheidende Punkte des Haushalts. Am Ende stand ein einstimmiger Beschluss. Das zeigt die Politikfähigkeit, die notwendig ist, um auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, wenn sie langfristig Erfolg garantieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Dafür müssen Sie jetzt gehen!)

Wir halten weiter Kurs. Kurs halten heißt zum einen, dass „Neuverschuldung Null“ die oberste Richtschnur bayerischer Finanzpolitik bleibt, und zum anderen: Angesichts der guten Steuereinnahmen werden wir Schulden zurückzahlen und so die Zinsbelastung weiter senken. Das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt voll unsere Linie, indem es eine wirksame Schuldenbremse für den öffentlichen Haushalt fordert. Das, was das Bundesverfassungsgericht zu Artikel 115 des Grundgesetzes sagte, lautete doch: Artikel 115 erreicht nicht das Ziel einer generationengerechten Finanzpolitik. – Einen deutlicheren Wink mit dem Zaunpfahl als das Bundesverfassungsgericht kann man eigentlich nicht geben.

Der ausgeglichene Haushalt hat für mich noch eine andere Bedeutung. Wer zu viele Schulden hat, ist abhängig. Ich will, dass Bayern niemals von anderen Ländern oder vom Bund abhängig wird. Ich will ein kraftvolles, ein eigenständiges Bayern, das die Zukunft selbst in die Hand nimmt und gestaltet und das immer die notwendigen Gestaltungsräume hat. Mit der Wiedervereinigung sagten viele politische Auguren Bayern einen drastischen Bedeutungsverlust voraus. Wenn Deutschland größer und „östlicher“ werde und durch die Osterweiterung die Bedeutung der Nationalstaaten in der EU wachse, so eine damals weit verbreitete Meinung, würden die Rolle und der Einfluss Bayerns zwangsläufig schrumpfen. Da spielte natürlich bei dem einen oder anderen auch ein Stück Hoffnung oder ein Stück Schadenfreude mit. Was ist aus dieser Voraussage geworden?

(Zuruf von den GRÜNEN: Stoiber ist nicht Kanzler geworden!)

Nichts. Unter dem Strich gilt heute: Bayerns Stimme hat weiter Gewicht. Sein Gewicht in Deutschland und in Europa ist sogar noch gewachsen. Das ist der Erfolg unserer gemeinsamen Politik.

(Beifall bei der CSU)

Mitte der Neunzigerjahre haben wir die Diskussion über den Wettbewerbsföderalismus angestoßen, den Sie von der Opposition kritisiert haben, und beharrlich auf eine Stärkung des Föderalismus in Deutschland hingearbeitet. Der lange Atem hat sich ausgezahlt. 2006 ist die Föderalismusreform I mit einer klaren Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern und vor allem mit mehr Kompetenzen für Bayern und damit auch für diesen Landtag in Kraft getreten. Ich schätze alle diejenigen, die daran mitgearbeitet haben, auch die Enquete-Kommission – ich nenne Herrn Kollegen Welnhöfer –, und alle Maßnahmen, die der Landtag entwickelt hat. Ich möchte hier an dieser Stelle in meiner letzten Regierungserklärung aber auch ausdrücklich dem Amtschef der Bayerischen

Staatskanzlei, Herrn Dr. Schön, und der Rechtsabteilung der Staatskanzlei herzlich danken. Ohne deren Kompetenz

(Zurufe von der SPD)

und ohne deren Engagement hätten wir die Föderalismusreform nicht unter Dach und Fach gebracht, vor allen Dingen nicht unter ein so bayerisches Dach.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Verständnis dafür, dass Sie Zwischenrufe machen und mit manchem nicht einverstanden sind. Nur, ich sage Ihnen ganz offen: Ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit wäre schon angebracht; denn die Föderalismusreform I war das Bohren eines unheimlich dicken Brettes. Darum müssen wir auch bei der Föderalismusreform II ansetzen. Das ist kein Selbstläufer.

(Beifall bei der CSU)

Der Wandel der Welt schlägt natürlich auch auf Bayern durch. Dem muss sich Bayern stellen. Globalisierung und Europäisierung sind auch Entgrenzungsprozesse, die den Menschen unmittelbar treffen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Immer mehr Menschen erkennen in dieser Zeit, wie wertvoll es ist, sich beheimatet zu fühlen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Kein Wort zum Nachfolger!)

Die Menschen wollen in einer globalisierten Welt nicht austauschbar werden. Sie wollen nicht in einer globalen, multikulturellen Anonymität verschwinden. Sie wollen unverwechselbar bleiben. Die Menschen erkennen: Nicht multikulturelle Entgrenzung, sondern kulturelle Identität hält ein Gemeinwesen zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Kulturelle Identität gibt Selbstbewusstsein; Eigenständigkeit macht eine Gesellschaft zweifellos stabiler und krisenfester gegenüber Zeitströmungen. Für mich steht fest: Die Pflege von Geschichte und Kultur stärkt unsere bayerische Identität. Deswegen haben wir unsere Technologieprogramme sehr bewusst durch die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte begleitet, um unserem Land und seinen Menschen Halt, Identität und Stabilität zu geben. Meine Damen und Herren, ich nenne hier nur das Museum für die Sammlung Schäfer in Schweinfurt.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Sehr gut!)

Ich nenne außerdem das Museum der Phantasie in Bernried, das dem Expressionismus in Bayern einen Platz gegeben hat. Ich nenne außerdem die Pinakothek der Moderne in München und das Museum für Design in Nürnberg, das erste staatliche Museum außerhalb Münchens. Ich erinnere an die Erhebung des Nürnberger Theaters zum Staatstheater und die Erhebung der Bamberger Symphoniker zur Staatsphilharmonie. Ich verweise schließlich

auf den Kulturfonds Bayern mit 150 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen. Mit den Zinserträgen fördern wir eine Vielzahl kultureller Projekte, gerade im ländlichen Raum.

Meine Damen, meine Herren, es gibt das Wort: Die Leistung einer Generation bemisst sich nicht nach der Ernte, sondern nach der Aussaat. In Wirklichkeit trifft immer beides zusammen. Sehen wir einmal von den Kriegzeiten, den Krisenzeiten und den Katastrophen ab. Wir konnten erben und ernten, was viele Persönlichkeiten vor uns – insbesondere Alfons Goppel und Franz Josef Strauß – in ihrer Zeit zusammen mit dem Fleiß der damaligen Generationen gesät haben. Wir sehen schon jetzt die Früchte der Offensive Zukunft Bayern und der Hightech-Offensive. Ich hoffe sehr, dass die Menschen im Jahr 2020 ernten werden, was der Fleiß der Menschen, die Tüchtigkeit der Unternehmen, der Erfindergeist der Wissenschaft und eine gute Politik heute säen.

Bayern 2020 bedeutet, dass wir auch in diesen Zeiten unter den besten fünf Regionen in Europa sein wollen. Mit Bayern 2020 wollen wir zeigen, dass Bayern die Mittel, die Ideen und die politische Kraft zur Zukunft hat. Bayern 2020 steht eigenständig, kraftvoll, stark und weltweit angesehen da. Bayern 2020, Tradition und Fortschritt bilden weiterhin eine unvergleichliche Symbiose. Bayern 2020 ist beste Bildung für unsere Kinder, Arbeit für die Menschen in unserem Land, sozialer Zusammenhalt in den Bezirken und Regionen.

Meine Damen, meine Herren, ich wünsche uns allen alles Gute und Gottes Segen. Ich wünsche der neuen Staatsregierung unter Günther Beckstein Glück, Fortune, Erfolg und dass sie alle Chancen nutzt, die sich ihr bieten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne sage ich: Gott mit dir, du Land der Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das werden wir brauchen!)

Ich sehe auf eine vierzehnjährige Regierungszeit als Ministerpräsident zurück. Ich habe mit der Mehrheitsfraktion, der CSU-Fraktion, viele Impulse gesetzt. Die CSU-Fraktion ist stark. Ich wünsche mir, dass sie stark bleibt und dass sie immer in dieser Stärke Politik gestalten kann. Dass dies so bleibt, liegt an uns. Die Opposition tut alles dafür, dass es so bleibt. In diesem Sinne: Herzlichen Dank.

(Standing Ovationen und lang anhaltender Beifall bei der CSU – Häufige Bravo-Rufe bei der CSU – Lebhaftige Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Der Herr Sinner klatscht!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, ich bitte wieder um Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Meine Damen und Herren, aus Ihren Reihen gab es soeben empörte Zwischenrufe, weil das Kabinett klatscht. Ich denke, in dieser Situation kann man einmal großzügig sein. Ich kann das in diesem Augenblick aufrichtig verstehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 60 Minuten vereinbart. Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat haben alle Fraktionen dieselbe Redezeit wie der Minister-

präsident. Jede Fraktion hat somit 70 Minuten Redezeit. Das Wort hat Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoffentlich haben Sie jetzt nicht zu lange und zu begeistert geklatscht. Sie müssen vermeiden, dass der Herr Ministerpräsident den falschen Schluss daraus zieht und vielleicht doch noch bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen aufpassen: Die „Deutsche Presseagentur“ spricht heute von der „voraussichtlich letzten“ Regierungserklärung von Herrn Stoiber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben vor Kurzem gesehen, wie sich Tony Blair im englischen Unterhaus verabschiedet hat. Auch er musste wegen verlorenen Vertrauens – wie Sie, Herr Dr. Stoiber – seinen Hut nehmen. Er hat dies aber als Staatsmann getan, mit Souveränität, mit Charme, mit Humor und mit dem notwendigen Maß an Selbsteinschätzung und Selbstkritik.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, diese Chance hätten Sie auch gehabt. Sie haben sie aber nicht genutzt, sondern stattdessen den engen CSU-Horizont gewählt, das kleine politische Karo, voller Selbstgerechtigkeit für sich und Häme für die anderen.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Dupper (SPD): Das ist der Unterschied zwischen Landesliga und Champions-League!)

– Richtig, Herr Kollege Dupper. Das ist vielleicht der Unterschied zwischen Landesliga und Champions-League. Das kann schon sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was war das heute eigentlich für eine Rede?

(Engelbert Kupka (CSU): Eine gute! – Thomas Kreuzer (CSU): Hätten Sie zugehört, wüssten Sie es!)

Jeder hätte Verständnis gehabt, wenn dabei die Bilanz einer vierzehnjährigen Regierungszeit gezogen worden wäre.

Wir hätten dabei durchaus das eine oder andere positiv vermerken können. Das war aber keine Bilanz einer Regierung, sondern das war ein Arbeitsprogramm für die Zukunft von einem Mann, der immer noch nicht begriffen hat, dass er bei dieser Zukunft nicht mehr dabei sein wird. Es ist fast traurig, das so sagen zu müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass ein Ministerpräsident zu diesem Zeitpunkt, ein Ministerpräsident, der von seinen eigenen Leuten gestürzt worden ist,

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

eine solche Rede hält, zeigt im Grunde genommen vor allem eines: Es zeigt, dass Herr Stoiber wenig Vertrauen in die Tatkraft und in die Kompetenz seiner designierten Nachfolger hat.

(Beifall bei der SPD)

Deutlicher als heute hätten Sie nicht zeigen können, was Sie von Günther Beckstein und Erwin Huber halten – nämlich gar nichts. Das zeigen Sie mit jeder Faser Ihrer politischen Arbeit in den letzten Wochen und Monaten. Wenn Sie außer Haus sind, darf keine Kabinettsitzung stattfinden, damit sie Herr Beckstein ja nicht leiten kann.

(Engelbert Kupka (CSU): Ihr habt saubere Probleme!)

Wenn übermorgen Beckstein in der CSU-Fraktion aufs Schild gehoben werden soll, wird dieser Vorschlag nicht von Ihnen kommen; das sei doch zu viel verlangt, haben Sie erklären lassen.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Wenn Herr Huber Steuersenkungen vorschlägt, wird er von Herrn Stoiber umgehend in den Senkel gestellt. In Moskau habe ich der Zeitung entnehmen können, Herr Huber, Herr Stoiber habe für Sie besondere Spitzenparat gehabt. Den Investivlohn, den Sie der Presse gegenüber darstellen wollten, hat Ihnen Herr Stoiber am gleichen Tag im Interview vorweggenommen. Das „Handelsblatt“ schreibt dazu – ich zitiere –, es wäre nicht das erste Mal, dass Stoiber seinen einstigen Ziehsohn Huber hintenrum eine mitgibt.

(Lachen bei der SPD)

Weiter schreibt das „Handelsblatt“: In Wahrheit aber, so sagt man in der Partei – Ihre ist gemeint –, habe er Huber und Beckstein ihre Rollen bei seinem Sturz nachhaltig übel genommen. Und nicht nur das: Er halte die beiden für die Aufgabe, das bundespolitische Gewicht der CSU zu wahren, schlicht für zu provinziell.

Das ist Ihre Meinung zu Ihren Nachfolgern. Was Sie über Ihre Nachfolger denken, hätten Sie eindrücklicher gar nicht bestätigen können.

(Beifall bei der SPD)

Stoiber nimmt heute hier Rache für Kreuth. Er sagt: Euch zeige ich es noch einmal und diktiere die Hausaufgaben, die ihr in den nächsten Jahren erledigen müsst.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die besondere Gemeinheit

(Dr. Thomas Beyer (SPD): So ist er halt!)

dieser Regierungserklärung gegenüber Ihren designierten Nachfolgern. Sie geben Ihnen Arbeitsvorgaben für die Zukunft. Herrn Beckstein legen Sie gewissermaßen politische Fußfesseln an, damit er weiß, was er in den nächsten Monaten zu tun hat.

Herr Stoiber ist der Meinung, dass er ein Vermächtnis ohne geeignete Erben hinterlässt. Deswegen sagen wir: Ja, es stimmt; Sie haben sogar Recht: Mit Beckstein und Huber ist für Bayern sogar noch ein Rückschritt gegenüber Ihrer Politik zu erwarten.

Meine Damen und Herren, was war das heute, als Sie so frenetisch Beifall geklatscht haben? War das Scheinheiligkeit oder Erleichterung,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

oder war es beides? Herr Beckstein hat noch Glück gehabt, dass er auf der Regierungsbank nicht immer Beifall zu klatschen brauchte, sonst hätte er auch noch seiner eigenen Demütigung Beifall zollen müssen.

(Widerspruch von der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage aller Fragen

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

ist auch nach der heutigen langen Rede des Ministerpräsidenten leider unbeantwortet geblieben. Warum, heißt die Frage. Warum eigentlich, wenn alles so toll und gut ist und wir überall Spitze sind und kein Fehler gemacht wurde und in diesem Land Bayern alles in Ordnung ist, warum muss er dann gehen, meine Damen und Herren? Würden Sie uns das bitte einmal erklären, ein einziges Mal?

(Beifall bei der SPD)

Wir würden es gerne verstehen. Schauen wir uns doch bei Ihren Vorgängern um, warum diese gehen mussten; vielleicht finden wir dort ein Beispiel. Herr Streibl musste aufgrund einer Skandalgeschichte gehen. Das haben Sie besser gemacht. Sie haben sich damals im letzten Moment als Teil des Amigosystems die Hände in Unschuld gewaschen und später für alle Skandale der CSU-Regierung Sündenböcke gefunden, die für Sie bluten mussten.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie besser gemacht. Ich will dann auch kurz einige der Opfer benennen, weil wir auch eine Bilanz ziehen wollen. Ich möchte aber vorher kurz auf die drei Oppositionspolitiker zu sprechen kommen, die Sie auch erwähnt haben. In der Tat: Albert Schmid und Renate Schmidt waren, wie das bei uns so üblich ist, hervorragende Fraktionsvorsitzende.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren und sind auch gut bei ihren folgenden Aufgaben. Verspotten lassen müssen sich die beiden von Ihnen gewiss nicht, Herr Ministerpräsident, gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen hat sich Frau Schmidt getraut, ein politisches Amt in Berlin zu übernehmen.

(Lachen bei der SPD – lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Und was hat es genutzt? – Susann Biedefeld (SPD): Die Wahrheit, nichts als die Wahrheit!)

– Es ist doch so; ich kann doch nichts dafür. Das ist die Wahrheit. Der Wahrheit muss man gerecht werden. Herr Dr. Stoiber, schön, dass Sie auch noch auf Ihren neuen Freund, den früheren Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Manfred Fleischer, zu sprechen gekommen sind. Er ist in der Tat zur CSU gewechselt; das stimmt. Sie wollten ihn dann sogar zum Bürgermeister Ihrer Heimatstadt Wolfratshausen machen. Er hätte aber lieber bei den GRÜNEN bleiben sollen; denn das ist gründlich schiefgegangen. In Wolfratshausen regiert nämlich ein Sozialdemokrat, Herr Dr. Stoiber,

(Beifall bei der SPD)

und nicht Ihr Freund von den GRÜNEN und jetzt von der CSU. Sie reden von der einzigen Volkspartei CSU, obwohl in Ihrem eigenen Rathaus ein Sozialdemokrat Bürgermeister ist. Das ist doch lächerlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): 18 %!)

Jetzt kommen wir aber zu den Opfern, wie ich Ihnen versprochen habe. Da haben wir Herrn Alfred Sauter, die Zukunftshoffnung aus Schwaben – er ist jetzt leider nicht mehr da. 1998 musste er für Stoiber wegen einer 100-Millionen-Pleite der Wohnungsbaugesellschaft LWS gehen. Was hat er damals zu Ihrem Verhalten gesagt, Herr Dr. Stoiber, als Sie ihm über Handy gekündigt haben?

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist das für ein Zukunftsprogramm, das ihr vortragt?)

„Die Art von Herrn Dr. Stoiber entbehrt jeglicher Art von Anstand, Stil und Menschlichkeit.“–

– Das war das Votum der schwäbischen Zukunftshoffnung Alfred Sauter.

(Beifall bei der SPD)

Dann musste Barbara Stamm wegen der BSE-Krise gehen – ein fränkisches Bauernopfer – und dann die oberbayerische Hoffnungsträgerin Monika Hohlmeier – nicht wegen ihrer Schulpolitik, sondern für ein System von Bespitzelung und Intrigen, das zugleich auch das System Stoiber in diesem Land ist.

(Beifall bei der SPD)

Bespitzelung – auch wenn sie nur in das Büro einer unangenehmen Landrätin hineingerichtet ist, in das Büro von Frau Pauli. Mittlerweile hat sich das System sogar bis nach Berlin herumgesprochen. Herr Seehofer sagt zum Beispiel: Ich bin gut informiert, ich weiß viel, ich habe viel Material. Monika Hohlmeier war zwar eine schlechte Kultusministerin, aber diesbezüglich hat sie Schule gemacht.

Wie Streibl sind Sie nicht aus dem Amt geschieden, wie Strauß auch nicht. Der ist im Amt verstorben. Das sind Sie Gott sei Dank nicht. Davor Alfons Goppel: Der hat aus Altersgründen aufgehört. Aber zu alt waren Sie auch nicht, und Ihre designierten Nachfolger sind nur unwesentlich jünger.

Wo bleibt also die Begründung dafür, dass Sie gestürzt worden sind? Was sind die Gründe dafür, einen so tollen Ministerpräsidenten – den besten, Herr Neumeier, wie Sie immer wieder sagen – in die Wüste zu schicken? Vielleicht erfahren wir es heute. Sie haben nichts dazu gesagt. Die CSU hat nichts dazu gesagt. Der KGB hat nichts gefunden, und Herr Beckstein sagt sowieso zu den drängenden Fragen der bayerischen Politik nichts. Kein Wort zum Transrapid, kein Wort zur Bildungssituation und kein Wort zur Kinderbetreuung. Stattdessen redet heute einer darüber, den Sie aus dem Amt gemobbt haben, der mit dem Arbeitsprogramm, das er hier verkündet, nichts mehr zu tun haben wird. Das ist eine ungewöhnliche Situation.

Herr Stoiber musste eine eigene Zukunftskommission einrichten, um den Weg Bayerns in die Zukunft zu beschreiben. 25 veritable Mitglieder – darunter eine Dame –, die Ihnen den Weg Bayerns in die Zukunft beschreiben sollen. Haben Sie eigentlich bemerkt, was das heißt? 124 Abgeordnete der CSU brauchte er nicht zu fragen, denn da hätte er keine vernünftige Antwort für die Zukunft erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Er brauchte am Ende eine Kommission, der es leichter gefallen ist, bei der SPD Gedanken, Ideen und Zielvorstellungen zu übernehmen und abzukupfern. Das wäre Ihnen falsch oder unehrlich vorgekommen. Die Kommission konnte es tun. Damit war es Ihnen möglich, vieles von dem, was Sie die letzten Jahre gnadenlos bekämpft und hier im Landtag über Jahre abgelehnt haben, jetzt zumindest vom Begriff her zu übernehmen und in Ihr Zukunftsprogramm aufzunehmen. Das ist nichts anderes als Etikettenschwindel, und das ist – wenn es das im politischen Leben gäbe – eine Verletzung des Urheberrechts.

(Beifall bei der SPD)

Um den Weg in Bayerns Zukunft, in ein gerechtes und ein modernes Bayern zu finden, brauchen Sie die Straßenkarten der SPD, brauchen Sie das Navigationssystem der Opposition, sonst finden Sie den Weg in die Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe darüber mit Herrn Professor Henzler gesprochen, Herr König. Professor Henzler hätte in seiner Kommission und hat in seiner Kommission noch sehr viel weiter ge-

hende Überlegungen angestellt und diskutiert. Aber er hat gesagt: Mehr konnte ich der CSU nicht zumuten als das. Ich bin sowieso schon in der CSU-Fraktion kritisiert und angesprochen worden, ob da nicht zuviel SPD in diesem Zukunftsprogramm steht. – Da hat man nämlich auch über das dreigliedrige Schulsystem diskutiert. Man hat darüber diskutiert, ob das noch die zukunftsfähige pädagogische Antwort ist. Aber man hat gewusst, wenn man Ihnen das auch noch zumuten würde, dann würden Sie das nicht mehr verkraften. Es steht mit Ganztagschulen, mit Kinderbetreuung, mit regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik, mit besserer Pflege und erneuerbaren Energien schon genug SPD-Programmatik in diesem Zukunftsentwurf. Das ist der Punkt. Das Original für diese Politik ist die Politik der SPD. Sie sind eine schlechte Kopie davon.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu Ihrem heute vorgelegten Programm: Als Erstes stellt sich die Frage: Warum muss jemand, der 14 Jahre die Geschicke dieses Landes in der Hand hatte, heute, am Ende seiner 14-jährigen Amtszeit, so viele Ankündigungen machen? – Die Antwort ist ganz einfach: Weil das die gesamte Liste Ihrer Versäumnisse ist, die Sie heute als Programm für die Zukunft ankündigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was sollen Eltern heute denken, die schon längst Ihre Kinder in kleinere Klassen schicken möchten, die über Unterrichtsausfall klagen, die gerne eine Ganztagschule für Ihre Kinder hätten? All das finden sie nicht, weil Sie das, was Sie heute großspurig ankündigen, in der Vergangenheit vergessen, versäumt, nicht gewollt, nicht finanziert und nicht mitgetragen haben. Sie haben Bayerns Zukunft in den letzten zehn Jahren schlichtweg verschlafen. Das haben Sie heute eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was sollen Eltern denken, Herr Herrmann, die einen Krippenplatz für Ihre Kinder wollen und brauchen, aber in Bayern keinen finden? Was sollen sie denn denken? Sie müssen immer 10 bis 15 Jahre warten, bis auch Sie auf die Idee kommen, dass Krippen kein sozialistisches Teufelszeug sind, sondern eine gute familienergänzende Einrichtung. Wenn Sie die Stadt München hier anführen, dann sage ich Ihnen eines: Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern gibt es in der Landeshauptstadt München. 10 Prozent der Einwohner und 50 Prozent der Krippenplätze.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ohne Landesunterstützung!)

Wo waren Sie denn in den letzten Jahren? Die Münchner CSU verlangt heute für 60 Prozent oder 80 Prozent der Kinder Kinderkrippen, und wenn Sie in Ihren Haushalt schauen, dann müssen Sie feststellen, dass sie dort nicht einmal das Geld haben, um die Krippen, die wir heute schon dringend brauchen, zu finanzieren.

Sie haben doch auf diesem Gebiet überhaupt keine Vor-sorge getroffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schauen Sie, Herr Dr. Stoiber – Herr Falthäuser, da habe ich etwas für Sie –: In Niedersachsen hat der Landtag in der letzten Woche einstimmig beschlossen, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei für alle Kinder zu stellen. In Niedersachsen einstimmig beschlossen. Kommt Ihnen dieser Vorschlag bekannt vor? – Diese Forderung ist hier von uns erhoben, aber von Ihnen abgelehnt worden. Das wäre einmal Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Nicht über Familienpolitik schwadronieren, sondern konkrete Leistungen für die Familien auf den Weg bringen. Das wäre der richtige Weg gewesen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten – –

Franz Maget (SPD): – Ich würde gerne weitermachen. Das macht sonst keinen Sinn.

Was sollen die Studierenden denken, die in überfüllten Hörsälen sitzen und dafür jetzt auch noch Studiengebühren zahlen müssen? Was sollen die denn denken?

(Beifall bei der SPD)

Was sollen Familien denken, denen Sie das Landeserziehungsgeld radikal gekürzt haben? Davon war heute keine Rede. Sie haben das Landeserziehungsgeld lobend erwähnt, aber die Kürzung verschwiegen.

Was sollen die Polizisten denken, die mit Fahrzeugen mit 300 000 oder 400 000 Kilometer auf dem Tacho herumkurven müssen?

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns richtig verstehen: Ich will kein Zerrbild Bayerns malen, und ich will kein Schreckensszenario entwerfen.

(Eduard Nöth (CSU): Das machen Sie doch!)

Bayern ist ein starkes, ein wunderbares, ein schönes Land.

(Zustimmung bei der CSU)

Sie erkennen nicht die Chancen und Defizite. Sie wollen Sie nicht erkennen. Sie sehen damit auch nicht die Chancen für die Zukunft. Sie werden den richtigen Weg nicht finden.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist, ob das heute von Ihnen vorgelegte Konzept die richtigen Antworten für die Zukunft gibt. Professor Henzler hat gesagt, es muss ein Quantensprung her. Das ist es nun wahrlich nicht geworden. Angesichts der

Mängelliste, die Ihnen Herr Henzler aufgeschrieben hat, ist das Konzept mit 1,5 Milliarden Euro bis 2011 dürrtig und schmalbrüstig, und es kommt viel zu spät. Warum ist es dürrtig und nicht der große Wurf?

Erstens. Es ist auf vier Jahre verteilt. Nur im ersten Jahr, 2008,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Zufall!)

liegt das Volumen bei 750 Millionen Euro. In den drei folgenden Jahren 2009 bis 2011 sind es dann nur noch jeweils 250 Millionen Euro.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Läppisch!)

Zweitens. Sogar mit den 750 Millionen Euro fallen Sie hinter Ihre eigenen Ankündigungen zurück; Herr Falthäuser hat noch im Mai von einer Milliarde Euro gesprochen.

Drittens. Angesichts des immensen Investitionsrückstandes, der sich in den letzten Jahren angehäuft hat, ist das Volumen sowieso zu niedrig: Investitionsstau bei den Staatsstraßen, beim Denkmalschutz,

(Beifall bei der SPD)

beim Tourismus, bei den Hochschulen, bei Forschung und Entwicklung, bei den Schulen, der Kinderbetreuung; die Liste ist endlos.

Noch einmal kurz zu der Frage, warum Sie 2008 750 Millionen Euro und in den Folgejahren nur noch jeweils 250 Millionen Euro ausgeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Komisch!)

Die Antwort ist einfach.

(Zuruf des Staatsministers Eberhard Sinner)

– Wissen Sie es auch schon, Herr Sinner? – 2008 sind Landtagswahlen, und die wollen Sie nicht verlieren.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Was für ein Zufall!)

Ich sage Ihnen: Damit wird der Staatshaushalt zur Wahlkampfkasse der CSU – Machterhalt statt Zukunftsperspektive ist hier das Motto.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nach der Landtagswahl können Sie – so denken Sie sich das – die Wahlversprechen getrost wieder brechen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wie beim letzten Mal!)

Was habe ich hier aus Ihrem Mund heute hören müssen? – „Wir haben nach der letzten Landtagswahl Wort gehalten“, haben Sie gesagt.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Sie haben die Menschen im Land belogen. Fragen Sie den Bayerischen Beamtenbund, er hat Ihnen offen Wahlbetrug vorgeworfen, aber nicht nur er; auch die Gymnasiallehrer haben Ihrem Wort vertraut, dass es beim neunjährigen Gymnasium bleibt. Sie haben Ihre Meinung über Nacht geändert, entgegen Ihren Versprechungen vor der Wahl.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Bayerisches Oberstes Landesgericht!)

Dann haben Sie das Land mit sozialen Kürzungen überzogen. Davon betroffen waren die Familienbildung, die Erwachsenenbildung, die Freie Wohlfahrtspflege, die Jugendarbeit, die Sportförderung, der öffentliche Dienst, die Polizei und so weiter und so weiter. Alle waren sie davon betroffen. Jetzt höre ich aus der CSU-Fraktion kleinlaut, dass man die damaligen Kürzungen vielleicht in diesem Jahr wieder zurücknehmen könnte.

Übrigens wird von Ihnen gerade eine Legende in Umlauf gebracht, die Legende von der Stoiber-Dividende: Hätten wir das Land nicht mit dieser unsozialen Kürzungsorgie überzogen, dann hätten wir heute nicht die Möglichkeiten für dieses Zukunftsprogramm. – Das ist falsch. Sie finanzieren dieses Zukunftsprogramm nämlich aus dem konjunkturellen Aufschwung. Das ist die Antwort. Sie haben das Glück – und das gönne ich den Menschen in diesem Land und auch Ihnen –,

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Das ist grundfalsch!)

dass Sie aufgrund der Politik, die die frühere SPD-geführte Bundesregierung in den letzten Jahren gemacht hat, jetzt einen konjunkturellen Aufschwung mit Steuermehreinnahmen vorfinden.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Das ist eine Legende!)

– Da brauchen Sie gar nicht dazwischen zu rufen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann gäbe es zum Beispiel die Gewerbesteuer heute schon nicht mehr, das finanzielle Rückgrat der Kommunen. Sie bringen hier eine Legende in Umlauf.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den von Ihnen gesetzten Prioritäten.

Erstens. Wir brauchen in der Tat eine Haushaltspolitik für Vollbeschäftigung. Das heißt, wir brauchen gute Regional- und Strukturpolitik, damit zusätzliche Arbeitsplätze dort entstehen, wo die Arbeitslosigkeit in Bayern immer noch zu hoch ist. Das heißt auch, wir brauchen dort aktive Arbeitsmarktpolitik, wo jetzt bereits ein Fachkräftemangel herrscht.

Dieses können und wollen wir nicht durch Zuwanderung lösen, sondern durch Qualifizierung und Weiterbildung, durch Maßnahmen für über 50-Jährige und durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(Beifall bei der SPD)

Davon habe ich heute nichts gehört. Zu einer Politik für Vollbeschäftigung gehört natürlich auch, dass wir darüber reden, dass für gute Arbeit ein fairer und gerechter Lohn bezahlt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das gehört dazu. Ich kann nicht verstehen, warum Sie sich zum Beispiel der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn immer noch widersetzen. Ich habe bei der Tagung des Bayerischen Städtetages in der letzten Woche zur Kenntnis genommen, dass der CSU-Oberbürgermeister aus Ingolstadt beantragt hat, das Thema „gesetzlicher Mindestlohn“ positiv befürwortend in die Beratungen des Städtetags aufzunehmen. Ihre Basis ist wieder einmal weiter als Sie hier im Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD)

Kernbestandteil einer Haushaltspolitik für Vollbeschäftigung ist die deutliche Erhöhung der Investitionsquote. Diese ist während Ihrer 14-jährigen Amtszeit von 21,6 % im Jahr 1993 auf sage und schreibe 11,8 % in diesem Jahr abgesunken. Das ist historischer Tiefstand, Herr Faltlhauser. Das ist kein Ergebnis einer guten Finanz- und Haushaltspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

Das hat Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze gekostet. Gerettet haben Sie sich in der Tat nur dadurch, dass Sie in den letzten 14 Jahren sämtliches öffentliches Eigentum der Bürgerinnen und Bürger privatisiert und verscherbelt haben. Für Ihre Nachfolger ist nichts mehr davon übrig. Dieser Weg ist ihnen verbaut. Das Hofbräuhaus, Herr Beckstein, hätten wir noch. Ansonsten ist dieser Weg verbaut.

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Der erzählt so einen Schmarren, der hinten und vorn nicht stimmt!)

Wenn Sie schon hier vorne sitzen, Herr Faltlhauser –, was ist denn nach diesen sieben Jahren geblieben? – Das Münchner DAX-Unternehmen Viag, einst der Ausweis großer bayerischer Wirtschaftspolitik, ist eliminiert. Stimmt das oder stimmt das nicht?

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Das ist faktisch falsch, was Sie erzählen!)

Die in München angesiedelte Eon-Zwischenholding Eon Energie AG erhält ihre Befehle aus Düsseldorf. Beide Vorstände sind bayernfreie Zone. Die traditionsreiche Viag-Chemietochter SKW Trostberg ist im neu geschmiedeten Degussa-Konzern auf- bzw. untergegangen. Degussa gehört mittlerweile zum Ruhrgebietskonzern RAG, der

wesentliche Bereiche der früheren SKW für seinen Börsengang ausgeschlachtet und verkauft hat.

Oder sollen wir über die beiden großen bayerischen Banken reden, die Vereinsbank und die Hypobank? Was ist von ihnen geblieben? – Beide sind mittlerweile in italienischem Besitz, Herr Falthäuser. Auch das gehört zur Bilanz bayerischer Wirtschaftspolitik. Das sind keine großen Meisterleistungen. Das hätte man auch dazu sagen müssen.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Dupper (SPD): So viel zur Landesliga!)

Das größte Investitionsprojekt, das Sie vorgestellt haben, ist Ihr Lieblingskind, der Transrapid in München. Bei diesem Thema war es heute merkwürdig still; das ist mir aufgefallen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Leider war die Transrapidrede diesmal nicht so lustig!)

Große Begeisterung kam nicht mehr auf, und das kann ich mir auch erklären. In Wahrheit steht der Transrapid längst auf dem Abstellgleis, und er wird von dort auch nicht mehr wegkommen. Ich verstehe nicht, warum Sie an diesem unsinnigen Prestigeprojekt festhalten und tatsächlich fast die gesamten Eon-Erlöse dafür aufbrauchen wollen. Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie endlich Abschied von diesem unsinnigen Projekt, das Sie sowieso nicht finanzieren können.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wie schaut es übrigens aus mit dem Gipfeltreffen Stoiber/Merkel? Letzte Woche – vielleicht können Sie uns dazu Auskunft geben, Herr Huber – waren Sie bei Herrn de Maizière, um vorzufühlen, was geht. Ich sage Ihnen: Gar nichts geht in Berlin. Hören Sie endlich auf, einem Phantom nachzujagen. Herr Dr. Stoiber, Sie werden den Transrapid in Bayern nicht realisieren. Ich setze hinzu: Gott sei Dank.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wetten wir? Es wäre ein Fehler in der bayerischen Politik, wie Sie in größer kaum machen hätten können. Der Transrapid wird nicht realisiert werden. Was Herr Beckstein dazu sagt, weiß ich sowieso.

Kommen wir zum traurigsten Kapitel Ihrer Regierungserklärung und Ihres Zukunftsprogramms, zur Bildung. Von Prioritätensetzung ist da keine Spur. Seit Jahren dümpelt der Anteil für Schulen an den Ausgaben im Staatshaushalt bei mageren 17 % ohne jede Steigerung.

Die Bildungspolitik des Kultusministeriums ist die reinste Flickschusterei.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre, wie wenn es hier zum Dach hereinregnete und Sie verteilten Regenschirme. Das ist doch keine vernünftige Bildungspolitik!

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kaputte Regenschirme!)

– Vielleicht sogar noch kaputte Regenschirme. Wenn es durchs Dach regnet, muss man reparieren, investieren, die Architektur überprüfen, aber es reicht nicht, Regenschirme zu verteilen.

(Beifall bei der SPD)

An unseren Schulen fehlt es hinten und vorne. Da gab es einen wunderbaren Satz in der heutigen Regierungserklärung, Herr Stoiber. Der Satz lautete: Der Rohstoff Geist ist das Wertvollste, was wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Jawohl! Warum investieren Sie nicht in diesen Rohstoff Geist? – Das ist doch die entscheidende Frage. Statt Lehrer einzustellen, schlägt Kultusminister Schneider allen Ernstes vor, an den Schulen Stunden zu streichen. Das ist doch der Hammer! Statt Lehrer einzustellen, streicht man Unterrichtsstunden. Das war sogar Ihnen zuviel, Herr Stoiber.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Aber mehr fällt Ihnen nicht ein. Wie ist die Lage? – Über 2700 Realschulklassen haben mehr als 31 Schülerinnen und Schüler. Über 2500 Gymnasialklassen haben mehr als 31 Schülerinnen und Schüler. Letzte Woche haben Eltern hier eine Petition mit 180 000 Unterschriften eingebracht. Dabei geht es ihnen um kleine Klassen, weniger Unterrichtsausfall, mehr individuelle Förderung, mehr Lehrer. Es geht ihnen um die Abschaffung des Büchergeldes und um mehr Schulsozialarbeit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist genau das SPD-Programm!)

Für die Schulsozialarbeit schlagen Sie 375 Stellen in den nächsten 10 Jahren vor. 375 Stellen in den nächsten 10 Jahren bei 5500 Schulen – wir haben das nachgerechnet: Wenn es an jeder Schule einen Schulsozialarbeiter geben soll, brauchen Sie für dieses Programm 150 Jahre, meine Damen und Herren. In 150 Jahren wäre dann an jeder Schule wenigstens ein Schulsozialarbeiter.

(Eduard Nöth (CSU): Schulsozialarbeiter brauchen wir doch gar nicht an jeder Schule!)

Lassen Sie mich ein Beispiel dafür geben, wie schwach Ihr Programm tatsächlich ist: Sie sehen für den Ausbau der Ganztagschulen – es wäre nicht schlecht,

wenn Sie sich das Beispiel anhören würden, Herr Ministerpräsident – in vier Jahren 100 Millionen Euro vor.

(Joachim Herrmann (CSU): Zusätzlich!)

– Zusätzlich. Allein das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – des Bundes, mit dem die Mittagsbetreuung in Bayern ausgebaut und gefördert wurde, betrug in vier Jahren 596 Millionen Euro. Dieses Geld hat der Bund zusätzlich für Bayern gegeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zusätzlich!)

Der Bund gibt sechsmal so viel aus wie Sie für bayerische Ganztagschulen, obwohl er gar nicht zuständig ist, während Sie gar nichts tun. Das ist doch eine Blamage für Ihre Politik, wenn der Bund sechsmal so viel aufwendet wie Sie, obwohl es Ihre Aufgabe wäre.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So kann es nicht weitergehen. Aber eines ist klar: Es ist wenig und Dürftiges in diesem Programm.

Noch ein Wort zu den Hauptschulen. Aha, Sie haben im Münchner Norden eine Hauptschule besucht und festgestellt, dass es dort viele Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Sie haben auf über zwei Seiten in Ihrer Regierungserklärung festgestellt, dass in den Hauptschulen der Ausländeranteil besonders hoch ist. Sie haben festgestellt, dass es dort häufig Kinder mit Erziehungsschwierigkeiten gibt. Sie haben festgestellt, dass es dort Kinder mit Lernschwierigkeiten gibt, und Sie haben festgestellt, dass es an den Hauptschulen soziale Probleme gibt. – Toll! Das ist doch toll! Sie haben nach 14-jähriger Regierungstätigkeit in diesem Jahr gemerkt, dass es Probleme an unseren Hauptschulen gibt.

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her, kaum wartet man 14 Jahre!)

Das ist eine richtig gute, erfreuliche Erkenntnis. Jetzt werfen Sie uns vor, wir machten die Hauptschule madig. Niemand von uns macht die Hauptschule madig. Wir schätzen die Arbeit der Hauptschullehrer und Hauptschullehrerinnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch eine gute Hauptschule. Das Problem ist aber nicht, dass wir die Hauptschule madig machen würden, das Problem ist vielmehr, dass Sie die Hauptschule in den letzten Jahren kaputt gemacht haben. Das ist das entscheidende Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weil Sie die Hauptschule am langen Arm verhungern lassen, suchen sich die Eltern für ihre Kinder andere Schulen.

Sie wollen ihre Kinder nicht mehr an Hauptschulen geben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was macht Frau Hohlmeier?)

Deswegen bluten die Hauptschulen aus. Und jetzt schließen Sie erst die Teilhauptschulen; dann sperren Sie alle anderen Hauptschulen zu. Das ist Ihre Politik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es! Das nennt man „Stärkung des ländlichen Raums“!)

Sie sollten uns nicht vorwerfen, wir machten die Hauptschule madig, wenn Sie sie kaputt machen. Das ist doch wirklich ein ungeheuerlicher Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zu den Hochschulen. Da gibt es erfreuliche Ergebnisse und Erfolge in der Exzellenzinitiative zu vermelden. Aber die Studienbedingungen bleiben schlecht. Auch an den Exzellenzuniversitäten in München sitzen die Studenten in den Vorlesungen auf dem Boden. Auch an Exzellenzunis sind die Seminarräume überfüllt. Überall herrscht Überlast. Auch das ist eine Folge fehlender Investitionen in die Hochschulen. Herr Goppel hat das Investitionsdefizit, den akuten Investitionsbedarf für die nächsten zwei oder drei Jahre in Bayern auf rund 3 Milliarden Euro beziffert. Und was steht in Ihrem Zukunftsprogramm? – 275 Millionen. Das ist doch keine Antwort, wenn in München das Dach eines Universitätsgebäudes einstürzt und wenn es in Regensburg schon wieder durchs Dach hereinregnet. Das ist doch keine Antwort auf die Herausforderungen an den Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen haben Sie auch noch Studiengebühren eingeführt, und zwar nach Ihrem Motto: Der Staat muss sparen; da sollen sich doch lieber die Eltern und die Studierenden verschulden. Das ist Ihr Motto. Wir sparen, die Eltern werden abgezockt, die Studierenden sollen sich lieber verschulden. Das ist fürwahr keine gute Politik.

Kommen wir zum Kapitel „Kinder und Verbesserung der Kinderbetreuung“. Auch hier sage ich Ihnen: Hören Sie endlich auf, uns zu diffamieren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen akzeptieren wir nämlich bei jedem Mann, bei jeder Frau, bei jeder Familie, welchen Lebensentwurf sie wählen und leben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das akzeptieren wir. Das ist unser Prinzip.

Für uns sind zwei Dinge wichtig: erstens das Wohl des Kindes, zweitens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollen frei entscheiden können, wie sie leben wollen.

Wir sind absolut nicht der Meinung, Herr Stoiber, dass es eine Verpflichtung zum Besuch einer Kinderkrippe geben sollte. Dieser Vorschlag ist jüngst in den Medien aufgetaucht: Verpflichtung zum Besuch einer Krippe. Dieser Vorschlag kam aber nicht von uns, sondern wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gemacht; das ist Frau Ingrid Sehrbrock. Jetzt raten Sie einmal, welches Parteibuch diese Frau in der Tasche hat. Das ist kein SPD-Parteibuch. Diese Frau gehört der CDU an. Sie ist die Einzige, die bisher von der Verpflichtung zum Besuch einer Kinderkrippe gesprochen hat. Wir waren das nicht. Hören Sie deshalb auf, uns zu diffamieren.

Wir meinen im Gegenteil: Jede Familie muss frei entscheiden können. Es ist nicht Sache des Staates, hier die Vorgabe zu machen oder die Entscheidung zu treffen. Die Sache des Staates, Herr Herrmann, ist eine andere: Er muss die Voraussetzungen schaffen, damit diese Wahlfreiheit überhaupt möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Voraussetzung ist in Bayern nicht gegeben. Sie ist von allen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland hier am wenigsten gegeben.

Wir sind schon der Meinung: Krippen sind kein Teufelszeug. Diffamieren darf man sie nicht. Eltern, die ihre Kinder in eine Krippe geben, sind keine Rabenmütter oder Rabenväter oder wie man sie nennen soll. Familien brauchen Kinderkrippen als familienergänzende Einrichtungen. Daran sind auch Unternehmen beteiligt, um die Defizite des Staates auszugleichen. Gerade Kindern aus schwierigeren Familien täte der Besuch einer Kinderkrippe am allerbesten, weil sie dort nämlich etwas für ihre Zukunft lernen dürfen.

Aber auch bei dieser Frage ist es so wie bei den genannten: Diese Lösungswege finden Sie nur bei der SPD, nicht bei Ihnen. Die Menschen können von Ihnen gar nicht erwarten, dass es eine bessere Kinderbetreuung gibt, weil sie diese Politik innerlich nach wie vor strikt ablehnen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf das Thema Klimaschutz eingehen. Angesichts der Bedeutung ist dieses Thema in Ihrem Zukunftsprogramm bemerkenswert zu kurz gekommen. Das ist auch kein Wunder. Sie haben dazu überhaupt keine einzige Idee vorgetragen und keine Vorstellung formuliert. Sie haben gesagt: Eine Arbeitsgruppe sollte Vorschläge erarbeiten und vorlegen. Meine Damen und Herren, das ist der umweltpolitische Offenbarungseid, wenn Sie hier heute nichts anderes präsentieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zukunftsprogramm, das keine Auskunft über eine vernünftige Energie- und Klimaschutzpolitik gibt und hierauf keinen Investitionsschwerpunkt legt, hat diesen Namen wirklich nicht verdient, sondern ist ein Dokument des Rückschritts und der Ignoranz gegenüber dieser Herausforderung.

Am schlimmsten ist aber Folgendes. Sie haben den Begriff „erneuerbare Energien“ überhaupt nicht in den Mund genommen. Sie haben beim Thema Energie nur einen einzigen Punkt im Kopf, und den haben Sie ausformuliert: Die Atomkraft muss bleiben. Da fliegen Ihnen in Norddeutschland die Atomkraftwerke um die Ohren, und trotzdem sind Sie immer noch der Büttel der Energieversorgungsunternehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist alles, was Ihnen zur Energiepolitik einfällt. Dabei müssten Sie doch endlich erkennen, welche Chance, welche Exportchance, welche Chance für unsere Umwelt und welche Chance für unsere Zukunft im massiven Ausbau der erneuerbaren und der regenerativen Energien liegt.

Wir müssen uns diesem Thema und dieser Herausforderung wirklich stellen. Aber Sie tun es leider nicht. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat dazu kürzlich angemerkt: Die Liste der Versäumnisse in der bayerischen Klimapolitik ist lang. In der Tat! Ich nenne nur ein Beispiel.

Selbst der Oberste Rechnungshof hat mehrfach moniert, dass zu wenig auf Energieeffizienz, zu wenig auf Energieeinsparung und zu wenig auf die thermische Sanierung von Gebäuden geachtet werde. An einem neuen Verwaltungsgebäude des Freistaates Bayern bemängelte der Oberste Rechnungshof beispielhaft Folgendes – das darf ich kurz zitieren –:

Bei dem neuen Verwaltungsgebäude wurde die Nordfassade fast komplett verglast. Da im Norden die Sonne nicht scheint, bringt das keine Wärmegewinne, sondern es muss mehr geheizt werden. Die Energiebilanz ist absolut negativ.

Wissen Sie, um welches Verwaltungsgebäude des Freistaates Bayern es sich gehandelt hat? - Es ist das Landesamt für Umwelt in Augsburg.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Um Gottes willen!)

Das müssen Sie sich einmal vorstellen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich höre jetzt auf, Sie zu traktieren und Ihnen den Spiegel vorzuhalten. Es ist ja auch unsere letzte Begegnung dieser Art. Sie gehen, und ich bleibe.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Unterschied. Ich finde das wunderbar.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen, auch Ihrer Familie viel Glück, auch mit Ihnen. Und, Herr Ministerpräsident, machen Sie sich keine Sorgen um die bayerische SPD.

Die 50-jährige Erfolgsgeschichte der CSU geht ihrem Ende entgegen: langsam, quälend, aber sicher, und zwar aus Liebe zu Bayern.

(Sehr langanhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Dr. Maget.

(Franz Maget (SPD): Danke! – Zurufe von den GRÜNEN: Promoviert! – Franz Maget (SPD): Passt schon, weitermachen!)

– Vielen Dank. Das Wort für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN darf ich jetzt Herrn Dr. Dürr erteilen.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Unsere Debatte heute interessiert viele Menschen, und da sind sicherlich auch Schaulust und Sensationsgier dabei. Vermutlich auch Schadenfreude.

Der erste Blick gilt natürlich Ihrer Person, Herr Dr. Stoiber. Kollege Maget hat dieses Interesse schon ausführlich dargestellt. Des Weiteren gilt das Interesse natürlich auch dem Zustand der CSU. Auch dazu hat Kollege Maget schon etwas gesagt.

(Zuruf von der CSU)

Was diese vordergründige Aufgeregtheit aber wirklich schürt, ist die tiefe Sorge vieler Menschen um die Zukunft, unsere Zukunft! Das ist das Thema, um das es heute wirklich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist, Herr Dr. Stoiber: Die CSU sieht mit Ihnen keine Zukunft mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Mehrheit der Menschen in Bayern traut Ihnen nicht mehr zu, unser Land sicher in die Zukunft zu führen.

Wie sieht Bayerns Zukunft aus? – Das ist die Frage, die die Menschen umtreibt. Was tun wir, damit es uns auch künftig gutgeht und damit es auch denjenigen gutgeht, die heute zu wenig oder keine Chancen haben. Was tun wir, um den wirtschaftlichen Vorsprung zu sichern und auszubauen? Wie bewahren wir Bayerns Schönheiten und sichern gleichzeitig unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft? Das sind die Fragen, die die Menschen wirklich interessieren.

Viele Menschen fühlen sich mit den Problemen alleingelassen, mit denen sie sich täglich herumschlagen müssen. Zu oft bekommen die Kinder in den Schulen keinen Fachunterricht, weil Lehrer fehlen. Viele Schulkinder werden krank, weil sie schon als Achtjährige gnadenlos unter Druck gesetzt werden, als ginge es um ihr Leben.

Die Probleme an den Hauptschulen häufen sich. In vielen ländlichen Kreisen kommt man nirgendwohin, wenn man

auf Bus oder Bahn angewiesen ist. Überall im Lande fehlen Krippen und Kindergartenplätze. Das sind nur einige der Alltagsprobleme, mit denen viele Menschen in Bayern heute kämpfen.

Diese Menschen sind mit Recht enttäuscht, dass CSU und Staatsregierung diese Probleme nicht endlich angehen. Und die Menschen erwarten auch, dass die Staatsregierung endlich die Weichen für eine sichere Zukunft stellt. Bayern braucht ein leistungsfähigeres und gerechteres Bildungssystem, damit alle unsere Kinder eine Chance haben und damit unser Land auch in Zukunft im Wettbewerb bestehen kann.

Bayern braucht jetzt sofort ein wirksames Klimaschutzprogramm, damit wir nicht von noch schlimmeren Stürmen und Hochwassern heimgesucht werden und damit in unserem Land mehr zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen können.

Die Menschen brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, damit unsere Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderfällt und damit jeder Hilfe bekommt, wenn er sich in einer schwierigen Lebensphase befindet.

Wir stehen also vor zwei Aufgaben. Wir müssen uns um die Probleme von heute kümmern und müssen gleichzeitig die Weichen für morgen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was aber machen CSU und Staatsregierung? Sie leugnen, dass es diese Alltagsprobleme überhaupt gibt. In den Schulen, in den Krippen, in den Kindergärten und im ländlichen Raum, überall leugnen sie diese Probleme. Seit einem Jahr beschäftigen sie sich nur mit internen Machtkämpfen und Personalfragen. Und in den nächsten Monaten wollen sie sich noch immer nicht um die Probleme Bayerns kümmern: Sie sorgen sich wieder nur um Pfründe und Posten. Wer wird Parteivorsitzender, und wer wird was im Kabinett? Das sind die Fragen, die sie wirklich beschäftigen. Das ist die politische Lage in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

CSU und Staatsregierung kümmern sich weder um die Gegenwart noch um die Zukunft unseres Landes. Sie kümmern sich nur um sich selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da kommt Ihr sogenanntes Zukunftsprogramm der CSU ganz gelegen, Herr Ministerpräsident. Der Nutzen für CSU und Staatsregierung lässt sich in einem Satz zusammenfassen, der von Harold Pinter stammt. Er lautet: „Zukunft ist die Ausrede all jener, die in der Gegenwart nichts tun wollen.“

Wir GRÜNE wollen den Stillstand in Bayern beenden.

(Zurufe von der CSU)

Deshalb haben wir einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern kann heuer mit zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro rechnen. Davon wollen wir 983 Millionen Euro noch in diesem Jahr – jetzt! – in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Klimaschutz und Arbeitsplätze investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern haben einen Anspruch darauf, dass die Staatsregierung jetzt handelt. Deshalb fordern wir, die Haushaltssperren aufzuheben. Heben Sie die Haushaltssperren jetzt auf!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Kollege Ach, es stehen 180 Millionen Euro bereit, von denen auch Sie gesagt haben, sie seien notwendig. Sie stehen in unserem Haushalt für die Hochschulen, die Kinderbetreuung, die Hauptschulen und den ländlichen Raum bereit.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Jeder weiß, dass diese Mittel dringend gebraucht werden. Die CSU und die Staatsregierung verkünden, dass sie diese Bereiche morgen stärken wollen. Aber heute sperrt die Staatsregierung genau da die Mittel. Wir wollen diese Mittel freigeben, und zwar sofort! Denn damit helfen wir den Menschen, die auf Unterstützung warten, heute. Deswegen fordern wir den Finanzminister auf: Geben Sie diese Mittel endlich frei, Herr Finanzminister!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN wollen den Stillstand in Bayern jetzt beenden. Wir wollen jetzt handeln. Die CSU, Stoiber, die Staatsregierung haben uns heute mit großem Getöse ein sogenanntes Zukunftsprogramm präsentiert. Bis zum Jahre 2011 sollen 1,5 Milliarden Euro überwiegend in Hochschulen, Ganztagschulen und Kinderbetreuung investiert werden. Aber dabei handelt es sich nicht um die Zukunftsaufgaben von morgen, sondern es geht nur um die Nacharbeiten von gestern. Sie wollen nicht jetzt handeln, sondern Sie, meine Damen und Herren, wollen irgendwann handeln und schieben das Handeln wieder in die Zukunft. Alles, was Sie in den letzten Jahren versäumt haben, schieben Sie noch weiter auf. Handeln Sie jetzt!

Immerhin geben Sie, Herr Ministerpräsident – er ist schon weg! –,

(Zuruf von der CSU: Nein, er ist hier!)

indirekt zu, dass Sie in den letzten Jahren viel versäumt haben. Das ist schon etwas. Aber tätige Reue ist das noch lange nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür gehen Sie die Nachholarbeiten noch immer viel zu zögerlich an, mit zuwenig Elan und mit zu wenigen Mitteln. Das Programm 2020 bemisst sich genau danach, wie viel Geld heute zufällig übrig ist. Auch darin ist es kein Zukunftsprogramm, sondern ein Zufallsprogramm. Die

Zukunft darf nur soviel kosten, wie die Konjunktur gerade hergibt.

Bei der ersten Vorstellung des Programms hieß es noch großsprecherisch in den Zeitungen: Stoiber will mit zusätzlichen 8 Milliarden Euro Bayerns Spitzenstellung sichern.

Etwas später waren die Schlagzeilen schon etwas gemäßiger: Pünktlich zum Wahljahr: Stoiber verspricht Milliarden. Da war dann nur noch von mehreren Milliarden die Rede.

Letzte Woche hieß es dann: Im nächsten Jahr werde ein dreistelliger Millionenbetrag investiert. Und heute haben Sie, Herr Ministerpräsident, zwar mit großen Zahlen jongliert, aber so gut wie keine konkreten Termine genannt.

Dabei ist klar: Selbst der Nachtragshaushalt für dieses Jahr wird größer sein als Ihr sogenanntes Programm 2020. Das ist ganz schön wenig Zukunft für so viele großspurige Ankündigungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch deshalb haben die Menschen das Vertrauen verloren, dass Sie die Zukunft meistern können.

Je länger die Machtkämpfe in der CSU dauern, desto mehr ist die Zukunft geschrumpft.

Dabei war die Zukunft, die Sie, Herr Ministerpräsident, im Blick hatten, schon von Anfang an sehr beschränkt. Wichtige Zukunftstrends haben Sie einfach ignoriert: den Klimawandel, die demografische Entwicklung, die Probleme der Menschen im ländlichen Raum. Das alles kam bei Ihnen nicht vor, und es kommt auch heute kaum vor. Die Zukunft für Bayern kann nur gewinnen, wer die Wirklichkeit wahrnimmt. Da sich die Wirklichkeit längst geändert hat, braucht Bayern neue Konzepte.

Die drei wichtigsten Politikfelder sind Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier brennt es jetzt schon am meisten, und hier müssen wir heute die Weichen für morgen stellen.

Beginnen wir mit dem bayerischen Bildungssystem. Das dreigliedrige Schulsystem mag in der Vergangenheit gute Dienste geleistet haben, als der Arbeitsmarkt noch einfacher strukturiert war, als es noch keinen globalen Wettbewerb gab, als es aber dafür eine relativ stabile gesellschaftliche Schichtung gab. Das alles hat sich inzwischen völlig geändert, wie wir alle wissen. Nur das bayerische Bildungssystem ist noch starrer und undurchlässiger geworden.

Es wird den Herausforderungen einer modernen Gesellschaft einfach nicht mehr gerecht.

(Eduard Nöth (CSU): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

– Das muss man einfach so sagen, Herr Kollege.

Unser Bildungssystem ist wie ein Mantel, aus dem die Gesellschaft herausgewachsen ist. Das dreigliedrige Schulsystem passt nicht ins 21. Jahrhundert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, der Titel Ihrer heutigen Regierungserklärung lautet „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“. Wenn wir das bayerische Bildungssystem überprüfen, stellen wir fest, dass es zu vielen Kindern nicht gerecht wird. Es ist ineffizient und bei Weitem nicht so leistungsfähig, wie es die Entwicklung unserer Gesellschaft erfordert. Wenn wir das Bildungssystem nicht verbessern, kostet es künftig Arbeitsplätze. Der Kernfehler unseres bayerischen Bildungssystems, auf den viele Studien von Pisa bis zum bayerischen Bildungsbericht hingewiesen haben, besteht darin, dass unsere Kindergärten und Schulen nur für Kinder taugen, die von zu Hause viel mit auf den Weg bekommen und die kräftig unterstützt werden. Das wünschen wir uns für alle Kinder. Aber viele Kinder haben Eltern, deren Vermögen nicht groß genug ist. Diese Kinder können heute ihr Potenzial nicht entwickeln. Kinder aus ärmeren Familien haben besonders schlechte Chancen. Das gibt selbst der Kultusminister zu. Noch schlechter sieht es für Kinder aus armen Einwandererfamilien aus. Das zeigt ein Blick auf die Schulabgänger ohne Abschluss.

Bei deutschen Schulabgängern schneidet Bayern so schlecht ab wie der bundesdeutsche Durchschnitt. Bei ausländischen Jugendlichen gehen im Bundesdurchschnitt 17,5 % ohne Abschluss von der Schule. Das ist schlimm genug. In Bayern sind es aber 21,6 %. Das ist wirklich ein erbärmliches Ergebnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur wenn wir alle Kinder bestmöglich fördern können, wird Bayern zukunftsfest. Deswegen brauchen wir einen neuen, weiteren Mantel, unter dem alle unsere Kinder Platz haben und sich behütet entfalten können. Wir brauchen eine Schule für alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt nur ganz wenige Länder, die ihr Schulsystem noch nicht modernisiert haben. Alle diese Länder arbeiten am Übergang zu einem zeitgemäßen Bildungssystem. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, lehnen nach wie vor jede Suche nach modernen Wegen vehement und pauschal ab.

Ich bin mir aber sicher, dass auch Sie längst Zweifel quälen. Wenn man allein in der Welt dasteht, muss man Zweifel haben. Die Diskussion ist auch bei uns längst im Gange. Das wissen Sie. Das dreigliedrige Schulsystem funktioniert in den Städten nicht mehr. Die tiefe Krise der Hauptschule ist auch für Sie nicht zu übersehen. Das dreigliedrige Schulsystem funktioniert auch auf dem Land

nicht mehr. Überall kämpfen Gemeinden gegen Schulschließungen.

Kolleginnen und Kollegen, das finnische Schulsystem war unserem Schulsystem einmal sehr ähnlich. In den Siebzigerjahren gab es dort eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung wie bei uns. In den ländlichen Regionen wurden die Schülerinnen und Schüler weniger. Um die Schulen im Dorf zu lassen, haben die Finnen Gymnasien und Volksschulen zusammengelegt. Sie haben eine Schule für alle entwickelt. Heute gehört Finnland zu den wirklichen Pisasiegern. Auch bei uns kämpfen die Kommunen um ihre Schulen. Sie fürchten mit Recht, dass sie mit der Schule auch die Zukunft verlieren. Wir GRÜNE wollen deshalb die Schulen im Dorf lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Johann Neumeier (CSU): In jedem Dorf?)

Deshalb schlagen wir vor, angepasste regionale Lösungen zuzulassen. Wir öffnen das gegliederte Schulsystem entsprechend dem Bedarf vor Ort. Dann müssen keine Schulen schließen.

Vielen bayerischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Kindern und Eltern machen die frühe Auslese und die Dreigliedrigkeit das Leben schwer. Das ist es aber nicht allein. Es gibt so viele Mängel, die mit dieser Grundsatzfrage nichts zu tun haben. Gegen diese Mängel müssen Sie doch endlich vorgehen, Kolleginnen und Kollegen. Die Klassen sind zu groß. Wir fordern seit Jahren, dass keine Klasse über 25 Schüler haben darf. Jetzt wollen auch CSU und Staatsregierung reagieren. Im nächsten Schuljahr wollen sie 100 neue Lehrerstellen schaffen. Sie wollen die Klassen an den Realschulen und Gymnasien auf höchstens 33 Schüler verkleinern. Kollege Herrmann, halten Sie das wirklich für eine Errungenschaft? Sind 33 Schüler in einer Klasse wirklich ein Fortschritt?

(Zuruf von der CSU: Maximum! – Maria Scharfberg (GRÜNE): Das ist Zukunft?)

Bayern ist Schlusslicht bei den Ganztagschulen. Nun wollen Sie und Ihre Fraktion, Kollege Herrmann, mittelfristig an allen Schulen Ganztagsbetreuung einführen. Es reicht aber nicht, wenn die Kinder nur betreut werden. Die Kinder müssen gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordern wir seit Jahren ein flächendeckendes Angebot an echten Ganztagschulen. Ausreichendes und qualifiziertes Personal und genügend Zeit und Hilfen für die Kinder fehlen an allen Schularten und in den Kindergärten. Sie alle wissen, dass es in Bayern zu wenige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren gibt. Auch hier ist Bayern Schlusslicht. Sie wissen auch, dass die Kindergärten nicht zu echten Bildungseinrichtungen werden können, solange sie zu wenig Personal haben. Der neue Bildungs- und Erziehungsplan enthält alles, was Kinder brauchen. Er kann aber in der Praxis nicht umgesetzt werden. Fast alle Kinder besuchen das letzte Kindergartenjahr. Zu viele werden aber nicht ausreichend gefördert. Was sagt die CSU dazu? – Sie sagt, es gibt keine Probleme. Wir sagen, das Bayerische Kinder-

bildungs- und -betreuungsgesetz muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen, es ist besser, früh zu investieren, als später reparieren zu müssen. Deswegen fordern wir, dass in den Krippen keine Gruppe mehr als sechs Kinder und in den Kindergärten keine Gruppe mehr als 15 Kinder haben darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Herrmann, es reicht nicht, die Kinder nur zu betreuen. Sie müssen gefördert werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Qualität!)

So gut wie alle Mängel im bayerischen Bildungssystem sind hausgemacht. Herr Ministerpräsident, Ihr radikaler Kürzungskurs ist eine der Hauptursachen dafür, dass es überall an Mitteln und Personal fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis zur letzten Landtagswahl haben Sie sich als Weltmeister im Geldausgeben hervorgetan. Sie haben sehr viel Geld aus einem üppig ausgestatteten Staatshaushalt ausgegeben. Trotzdem haben Sie noch 6 Milliarden Euro an Staatsvermögen verkauft und auf den Markt geschmissen. Das war viel Geld. Dann war das Geld weg. Nach der Landtagswahl haben Sie das Ruder radikal herumgerissen. Statt Weltmeister im Geldausgeben wollten Sie Sparweltmeister werden. Dabei war es Ihnen nicht wichtig, ob wirklich gespart wurde oder ob die Leute nur glaubten, dass Sie Sparweltmeister sind. Hauptsache, Sie glaubten es. Es war nicht wichtig, dass durch die Kürzungen die Folgekosten steigen.

Es war nicht wichtig, dass die Kinder in Zukunft dafür zahlen müssen. Die Zukunft war Ihnen nicht wichtig!

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Besonders verheerend hat sich diese beschränkte Perspektive in den Bildungseinrichtungen ausgewirkt, Kollege Kreuzer. Bildung ist das Kerngeschäft der Landespolitik. Hier haben Sie am meisten gefuscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schon merkwürdig, dass uns die CSU Debatten zur Schulstruktur immer verbieten will; aber Sie selber führen eine falsche Strukturreform nach der anderen durch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ging schon los, Herr Ministerpräsident, mit der sechststufigen Realschule. Die haben Sie gegen alle Warnungen der Opposition und der Bildungsexperten eingeführt. Noch im Dezember 2002 haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Einführung der R 6 „die größte schulpolitische Reformmaßnahme seit den Siebzigerjahren“ genannt.

(Zuruf von der CSU: Ist es ja!)

Die größte Reform seit den Siebzigern, hat er gesagt. Ja, seitdem hat sich die Lage der Hauptschulen dramatisch verschärft,

(Zuruf von den GRÜNEN)

die Lage der Kinder in der vierten Grundschulklasse hat sich dramatisch verschärft. Das ist das Ergebnis dieser Reform!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Genau! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, in dieser Legislaturperiode haben Sie sich schon wieder bildungspolitisch eingesetzt und „durchgegriffen“.

(Zuruf von den GRÜNEN: Leider!)

Sie haben das achtjährige Gymnasium im Alleingang und handstreichartig durchgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Wahlkampf haben Sie noch verkündet, Bayern halte am neunjährigen Gymnasium fest.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, genau!)

Nach der Wahl waren Sie überrascht, dass alle anderen Länder weiter waren. Also haben Sie das Ruder radikal herumgerissen: Bayern sollte nicht das letzte Land, sondern unter den ersten Ländern sein. Für Ihren Ehrgeiz, Herr Ministerpräsident, müssen Bayerns Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern bis heute die Rechnung begleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Statt für Ihre ehrgeizigen Pläne wenigstens genügend Mittel bereitzustellen, haben Sie damals die Personalausgaben sogar noch um rund 6 Millionen Euro gekürzt. Den hohen Bedarf an Lehrkräften, die Belastung der Schülerinnen und Schüler, die Probleme mit einem unvollständigen und zu umfangreichen Lehrplan – das alles konnte man damals bereits vorhersehen. Wir haben es vorhergesehen. Sie haben alle Probleme geleugnet. Wir haben zahllose Dringlichkeitsanträge gestellt, um die Lage der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern. Wir haben ausreichend Stellen gefordert. Wir haben eine mittelfristige Personalplanung gefordert mit dem Ziel, die Klassenstärken ab 25 zu verkleinern. Sie haben nur beschwichtigt, es sei alles halb so schlimm, es sei längst nachgebessert. Sie haben vier Jahre lang alle Probleme nur geleugnet – bis heute.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt fehlen schon wieder qualifizierte Lehrkräfte. Dafür fehlt uns jegliches Verständnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatssekretär Freller, der Kultusminister weiß schon Jahre vorher, wie viele Schülerinnen und Schüler es geben wird. Da braucht er bloß nachzuschauen. Er weiß,

wie viele Studierende ins Lehramt gehen wollen. Auch da muss er nur nachschauen. Und dann muss er eins und eins zusammenrechnen. Aber trotzdem sind Sie über Jahre hinweg unfähig, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Das haben Sie nicht geschafft. Das ist Planwirtschaft, wie wir sie sonst in Europa nirgendwo mehr finden. Das ist staatlich organisierte Misswirtschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Auch das ist ein Grund, warum wir GRÜNEN fordern: Lassen Sie die Schulen selbst ihre Lehrerinnen und Lehrer einstellen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben Sie den Schulen endlich Budget- und Personalhoheit! Geben Sie den Schulen mehr Freiheit!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wie viel mehr die Schulen leisten können, wenn sie nur ein bisschen vom Gängelband losgelassen werden, zeigen die vielen Schulversuche. Jedes Jahr werden hervorragende innovative Schulprojekte ausgezeichnet. Mit enormem zusätzlichem Engagement vollbringen Schulen auf einzelnen Arbeitsfeldern Höchstleistungen. Darauf konzentrieren diese Schulen ihre gesamte restliche Energie, die nicht vom Alltagskampf verbraucht wird.

Aber flächendeckend und im gesamten Schulbetrieb können die bayerischen Schulen ihre Spitzenleistungen nur dann vollbringen, wenn sie auch flächendeckend und umfassend Mittel bekommen. Deshalb fordern wir Bildungsausgaben auf internationalem Niveau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind Ihre Worte, Herr Ministerpräsident, Sie haben das 2003 in Ihrer Regierungserklärung versprochen. Wir GRÜNEN haben Anfang des letzten Jahres ein Finanzierungskonzept vorgelegt über 1,75 Milliarden Euro – mehr als Ihr sogenanntes Zukunftsprogramm; 1,75 Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen ohne Neuverschuldung und ohne zusätzliche Steuereinnahmen, aus dem damaligen Haushalt heraus.

Fakt ist: Die Bildungsausgaben in Bayern liegen weit unter dem internationalen Niveau. Sie, Herr Ministerpräsident, haben Ihr Versprechen bis heute nicht eingelöst. Wir haben gehandelt; Sie sind wirkliche Zukunftsinvestitionen bis heute schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur zweiten großen Herausforderung: dem Klimawandel. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer gesamten Regierungszeit ignoriert, dass der Klimaschutz eine zentrale Zukunftsaufgabe ist; bis heute haben Sie das ignoriert. Noch bei der Haushaltsdebatte im vergangenen Dezember haben Sie das Wort „Klima“ kein einziges Mal ausgesprochen. Sie haben keine einzige Maßnahme ergriffen. Im Gegenteil: Sie haben mit Ihrer klimaschädlichen Wirtschafts- und Strukturpolitik weitergemacht, als ob nichts wäre.

Dann war Anfang dieses Jahres der Klimawandel plötzlich in den Schlagzeilen. Da haben Sie prompt und in gewohnter Manier reagiert: mit einem verbalen radikalen Kurswechsel: Erst kein Wort – und danach große Sprüche: Bayern soll zum Musterland beim Klimaschutz werden, haben Sie vollmundig erklärt, und soll Europas Spitzenreiter werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Getan haben Sie und Ihre Regierung seitdem nichts – außer im dicken Dienstauto auf die Zugspitze zu fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Genau!)

Nach wie vor setzen Sie in der Wirtschafts- und Strukturpolitik auf die alten, klimaschädlichen Rezepte. Diese Politik ist nicht zukunftsfähig!

Wir alle wissen, dass diese Art zu wirtschaften die Temperaturen nach oben treibt. Wir leiden immer öfter unter extremen Wetterlagen, unter Hitzewellen, Wolkenbrüchen und Stürmen. Wir brauchen dringend eine wirkliche Trendumkehr.

In Bayern verursacht der Auto- und Flugverkehr fast ein Drittel aller CO₂-Emissionen – mit steigender Tendenz. Beim Flugverkehr gibt es seit 1990 sogar eine Steigerung um 83 %. CSU und Staatsregierung setzen nach wie vor auf die wirtschafts- und strukturpolitischen Rezepte von gestern: Sie subventionieren den Flugverkehr, Sie fördern Regionalflughäfen und die dritte Startbahn in München. Sie lehnen wirksame CO₂-Grenzwerte für Autos ab; Sie nehmen Gelder, die dem öffentlichen Regionalverkehr gehören, weg und stecken sie in den Transrapid. Sie wollen eine Autobahn durchs Fichtelgebirge bauen, obwohl selbst die Bundesregierung sagt, sie sei überflüssig. All diese unsinnigen Großprojekte schaden dem Klima, kosten Arbeitsplätze und beeinträchtigen unsere Lebensqualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Beckstein – ist er noch da oder ist er schon gegangen?

(Franz Maget (SPD): Dem war das zu viel heute!)

Also spreche ich einmal zum virtuellen Beckstein.

Minister Beckstein glaubt bis heute, dass Straßen mehr Fortschritt und weniger Stau bedeuten. Das glaubt er bis heute,

(Zurufe von den GRÜNEN)

unbeirrt von allen wissenschaftlichen Studien. Denn genau das Gegenteil ist der Fall. Das Umweltbundesamt sagt, etwa 15 bis 20 % des Verkehrswachstums sind auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen. Das heißt, je mehr Straßen man baut, desto mehr Verkehr gibt es. Das sagt das Umweltbundesamt. Kollege Pschierer, damit auch Sie das verstehen, habe ich es übersetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie glauben immer noch, neue Straßen könnten strukturschwachen Regionen helfen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Umweltbundesamt stellt fest, dass der Anschluss an das Autobahnnetz die Abwanderungstendenzen verstärkt.

Aber Klimaschutz ist dem Minister egal. Das hat er im Dezember mit seiner Forderung nach einer Pkw-Maut gezeigt. Mit einer Pkw-Maut, hat er erklärt, würde es für Autofahrer billiger. Wenn einer viel fährt, dann wird es viel billiger. Da freuen sich alle, die den Klimaschutz ernst nehmen und möglichst wenig fahren.

Wer wie Minister Beckstein noch immer in den Denkmustern von gestern rechnet, ist sicher kein Hoffnungsträger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, alle Menschen in ganz Bayern wollen mobil sein, auch die Hälfte der Bevölkerung, die über kein Auto verfügt. Deswegen müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen für mehr Lebensqualität und Klimaschutz. Die Industrie muss sparsamere Autos bauen. Dazu brauchen wir Grenzwerte und Tempolimit, sonst macht sie das nicht. Bus und Bahn müssen attraktiver werden. Wir werden dafür das Geld verwenden, das Staatsregierung und CSU in den Transrapid stecken wollen. Schließlich stoppen wir alle direkten und indirekten Subventionen für den Flugverkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der größte Teil der CO₂-Emissionen stammt aus dem Energieverbrauch. Wir wollen den Verbrauch senken, aber die Lebensqualität steigern. Dazu setzen wir GRÜNE auf die drei großen „E“ in der Energiepolitik: Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was machen Staatsregierung und CSU? Die Staatsregierung macht nicht viel – Kollege Maget hat es schon gesagt: Das Thema „erneuerbare Energien“ ist kein einziges Mal vom Ministerpräsidenten erwähnt worden –, und die CSU hat alle unsere Anträge zum Klimaschutz auch nach der

weltweiten Klimadebatte abgelehnt. Sie machen weiter wie bisher, als sei nichts gewesen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben 1995 versprochen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2000 auf 13 % auszubauen. Vielleicht erinnern Sie sich noch. Getan haben Sie in Ihrer Regierungszeit wenig dafür.

(Erwin Huber (CSU): Wir sind an der Spitze!)

Stattdessen wollten Sie – und Sie, Herr Minister Huber, an der Spitze – das Erneuerbare-Energien-Gesetz verhindern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau, im Bundestag!)

Damit sind Sie auf die Nase gefallen, Gott sei Dank, zum Glück für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn es war genau dieses Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, das den beispiellosen Boom auch in Bayern für Sonne, Biomasse und Wind erst ermöglicht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem, als der Boom schon sichtbar war, wollten Sie das Gesetz noch abschaffen. Sie sind in den Wahlkampf gezogen und wollten es abschaffen, Kollege Huber.

(Erwin Huber (CSU): Nicht abschaffen!)

Gott sei Dank sind Sie wieder auf die Nase gefallen zum Wohle Bayerns.

(Beifall bei den GRÜNEN – Erwin Huber (CSU): Blödsinn!)

1995, Herr Ministerpräsident, haben Sie gesagt, 13 % bis zum Jahr 2000. Vor Kurzem haben Sie wieder großspurig erklärt, Sie wollten den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 16 % „verdoppeln“. Ja Wahnsinn! Sieht so Ihr klarer Kurs aus?

Wir GRÜNE haben mit der Bundesregierung bewiesen, dass sich mit grünen Konzepten schwarze Zahlen schreiben lassen. Damit haben wir die Menschen überzeugt. Klimaschutz ist ein wirksames Zukunftsprogramm für Lebensqualität und Arbeitsplätze. Selbst die ökologisch rückständige „Wirtschaftswoche“, ungefähr auf dem Niveau von Minister Huber, schrieb unter dem Titel „Grüne Technologien stehen vor einem gigantischen Boom“: „Die weltweit führende Automobilindustrie hat beste Exportchancen und das Zeug zum wichtigsten Jobmotor.“ Wir GRÜNE haben dafür gearbeitet. Jetzt ist es an Ihnen, endlich etwas zu tun.

Kolleginnen und Kollegen, nun zum dritten großen politischen Handlungsfeld in Bayern, der sozialen Gerechtigkeit. Auch hier fehlt Ihnen ein frischer Blick auf die ganze Wirklichkeit in Bayern. Wir sind alle froh, in einem relativ reichen Land wie Bayern zu leben. Aber immer mehr Menschen haben auch in unserem Land kaum eine Chance, am öffentlichen und privaten Wohlstand teilzuhaben.

Nun sagt die Staatsregierung, allen voran Minister Huber: Alles ist wieder gut, der Aufschwung ist da. Sie fabulieren sogar von Vollbeschäftigung.

(Erwin Huber (CSU): Wenn die GRÜNEN weg sind, kommt der Aufschwung!)

Aber der Aufschwung hilft längst nicht allen. Die Erwerbslosenquote sinkt zwar, aber zu viele profitieren nicht davon. Der Arbeitsmarkt ist gespalten, das ist der Fehler. Es gibt eine große Nachfrage nach Fachkräften, aber nur, wenn sie nicht zu lange beschäftigungslos waren. Es gibt in Bayern noch immer zu viele Regionen, in denen qualifizierte, arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen keine Chance haben, Arbeit zu finden, weil sie keine Arbeit vorfinden, weil es keine gibt und keinen Arbeitsmarkt.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben zu Anfang Ihrer Rede aus der Prognos-Studie zitiert. Aber wie so oft nehmen Sie nur den Teil der bayerischen Wirklichkeit zur Kenntnis, der Ihnen gefällt. Denn in der Prognos-Studie steht noch mehr. Sie müssen die gesamte Studie lesen und daraus Konsequenzen ziehen.

Es gibt viele Studien in der letzten Zeit, und alle diese Studien, auch der aktuelle Zukunftsatlas 2007 von Prognos, bestätigen für Bayern eine einzigartige Spaltung. Bei uns gibt es viele Landkreise mit besten Zukunftschancen, aber es gibt auch ungewöhnlich viele mit großen Zukunftsrissen. Das steht in diesen Studien.

Sogar die Studie des bayerischen Staatsministeriums zur Entwicklung des ländlichen Raums kritisiert diesen Punkt. Auch sie spricht von einer Schere zwischen Stadt und Land, die sich immer weiter öffnet. Dazu, die Studie des Landwirtschaftsministeriums, trage die Politik der Staatsregierung aktiv bei. Ich zitiere – ein bisschen schwer, der Satz –:

Sowohl die strukturpolitische Fokussierung auf Metropolregionen als auch die weitgehende Vernachlässigung des ländlichen Raums in der Diskussion um zukunftsträchtige Clusterlandschaften haben bislang kaum positive Wachstumssignale für strukturschwache Regionen geboten.

Übersetzt heißt das: Sie, Herr Ministerpräsident, haben mit Ihren Zukunftsoffensiven vor allem Boom-Regionen gefördert, alle anderen haben Sie damit weiter abgehängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Phantasielosigkeit, mit der Sie und die CSU nur auf Straßen, Flughäfen, Großprojekte und Zentralisierung setzen, hat dem ländlichen Raum geschadet. Für eine Trendumkehr braucht Bayern neue Konzepte. Wir bauen auf die Stärken der Regionen und helfen, sie zu entwickeln. Wir haben ein grünes Impulsprogramm für den ländlichen Raum vorgelegt, wir setzen auf Eigenverantwortung, auf Bildung, Kinderfreundlichkeit, Vernetzung und regionale Wirtschaftskraft.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein mehrfach gespaltenes Land. Die Armut nimmt nach wie vor zu bei Menschen mit und ohne Arbeit. Die neuen Arbeitsplätze,

von denen Minister Huber so schwärmt, sind in erster Linie prekäre Jobs: Teilzeit, befristet oder im Niedriglohnbereich.

(Erwin Huber (CSU): Wo leben Sie denn überhaupt? 150 000 mehr!)

Immer mehr Menschen geraten in die Schuldenfalle. Sie sind auf die Hilfe von Schuldnerberatern angewiesen, natürlich, es werden immer mehr. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, Kollege Pschierer.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Von Ihnen nehme ich nichts zur Kenntnis!)

Die Staatsregierung und die CSU haben die Zuschüsse für die Schuldnerberatung 2004 drastisch gekürzt. Jetzt reichen die Mittel der Schuldnerberatung nur noch bis August. Die Anmeldezahlen haben sich aber in den letzten fünf Jahren, Herr Kollege Pschierer, verdreifacht, das heißt, dreimal so viele Leute suchen Hilfe. Deswegen kommt es zu monatelangen Wartezeiten.

Wir wollen, dass den Schuldnern schneller geholfen wird. Damit helfen wir nicht nur ihnen, sondern auch ihren Gläubigern. Deswegen fordern wir die sofortige Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel für die Schuldnerberatung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Deswegen verlangen wir: Der bayerische Staat muss selbst mehr ausbilden. Wir fordern Sozialpädagogen an den Berufsschulen. Damit können wir die Vermittlungschancen erhöhen und die Abbrecherquoten verringern. Wir fordern Vollzeitausbildungsplätze an Berufsschulen, ergänzend zum dualen System.

Zukunftsfähig ist unser Staat nur, wenn alle unsere Jugendlichen eine Zukunftsperspektive haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, zum Abschluss möchte ich noch einen Satz von Ihnen aufgreifen. Im Dezember haben Sie an dieser Stelle erklärt, und Sie haben dies heute sinngemäß wiederholt – ich zitiere: „Unser Ziel ist: Bayern im Jahr 2020 soll eine der besten Regionen Europas mit höchster Lebensqualität sein.“ – Unser grünes Ziel lautet: Höchste Lebensqualität für alle Menschen in ganz Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit den Rezepten von gestern ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Deswegen drängen wir auf neue Konzepte, auf Bildungschancen für alle, auf soziale Gerechtigkeit, auf Klimaschutz und auf Arbeitsplätze.

Wir GRÜNEN nehmen für uns in Anspruch, Bayerns Schönheiten und Besonderheiten zu bewahren

(Lachen bei der CSU – Gegenrufe von den GRÜNEN)

und unser Land gleichzeitig zukunftsfähig zu machen. Bayern ist ein schönes Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Franz Josef Pschierer (CSU): Weil die CSU regiert! – Alexander König (CSU): Schauen Sie doch ein bisschen freundlicher! – Weitere Zurufe von der CSU)

Es hat ein großes Potenzial. Wir sind entschlossen,

(Erwin Huber (CSU): Die Bremser!)

dieses Potenzial zu entwickeln, mit der Hilfe und zum Nutzen aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Das ist die Zukunft, für die wir arbeiten.

(Langanhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke, Herr Kollege Dr. Dürr. Für die CSU-Fraktion darf ich als nächstem Redner Herrn Kollegen Herrmann das Wort erteilen.

Joachim Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Polemik der Opposition steht ganz offensichtlich im umgekehrten Verhältnis zu ihren Wähleranteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Programm 2020 der SPD-Fraktion heißt offensichtlich: 20 % minus x.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ha, ha!)

Auch ein solches Zukunftsprogramm kann man natürlich vielversprechend entwickeln.

Herr Kollege Maget, mehr oder minder geistreiche Kommentare oder vermeintliche Mängellisten sind das eine, den Freistaat Bayern zu führen und klare Konzepte für seine Zukunft zu entwickeln, ist etwas ganz anderes. An der Kompetenz dafür mangelt es der bayerischen SPD nach wie vor, ja sie ist meilenweit davon entfernt, Fähigkeiten hierfür aufzuzeigen. – „Meilenweit“ ist noch untertrieben. „Lichtjahre entfernt“, müsste man fast sagen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Seien Sie nur weiter so arrogant! Jawohl!)

Wer sich in den Medien angeschaut hat, wie der Landesparteitag der SPD am vergangenen Wochenende verlaufen ist, hat wieder einmal ein eindrucksvolles Bild davon bekommen, wie stark die sozialdemokratische Partei Bayerns in diesem Jahrzehnt dasteht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Im Gegensatz zu Ihnen waren wir dabei und wissen es! – Zurufe der Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD) und Franz Maget (SPD))

Ich will ein Thema herausgreifen, weil Sie dies auf Ihrem Parteitag offensichtlich erneut beschäftigt hat. Sie wissen

bis heute nicht recht, ob Sie die Agenda 2010 des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder nun eigentlich für richtig halten oder nicht. Franz Müntefering, so höre ich aus Berlin, sieht im aktuellen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland einen großartigen Erfolg der Reformpolitik Schröders. Aber den größten Beifall auf dem SPD-Landesparteitag erhält den Medienberichten zufolge der DGB-Chef Fritz Schösser, der die Agenda 2010 in Bausch und Bogen ablehnt.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Franz Maget hat den meisten Beifall bekommen!)

Das ist die Realität der SPD. Solange sich die SPD noch nicht einmal entscheiden kann, ob die Schröderschen Reformen für den Abbau der Arbeitslosigkeit gut oder sozial ungerecht waren, so lange wird sie aus ihrem tiefen Tal der Tränen nicht herauskommen.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sich das einmal überlegen: Zuerst – ich sage es ganz bewusst so – der Hochmut, vier Arbeitsmarktreformen nach dem eigenen Parteigenossen Peter Hartz zu benennen und dann mit anschauen zu müssen, dass genau dieser Namenspatron wegen Untreue und Verstoßes gegen das Betriebsverfassungsgesetz vom Strafrichter verurteilt wird.

(Zuruf von der SPD: Und was ist mit Ihrem schwarzen Koffer? Fällt Ihnen nichts Besseres ein?)

Das ist schon bitter, und ich kann verstehen, dass die Gewerkschaften darüber wahrlich nicht begeistert sind.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dürr, inzwischen haben Sie offensichtlich ein Problem damit, die Wirklichkeit in Bayern wahrzunehmen.

(Zuruf von der CSU: Das hatte er schon immer!)

Sie haben gerade erzählt, es gebe in Bayern immer noch viel zu viele Regionen, in denen qualifizierte, arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen keine Chance hätten, Arbeit zu finden, weil es in ihrer Region keine Arbeit und keinen Arbeitsmarkt gebe. Sagen Sie einmal: Welche Nachrichten, welche Berichte lesen Sie eigentlich? Seit über einem Jahr geht ausnahmslos in jedem Landkreis Bayerns, in jeder Stadt Bayerns die Arbeitslosigkeit signifikant zurück.

(Beifall bei der CSU)

Dass Sie dazu keinen Beitrag geleistet haben, mag schon richtig sein. Aber völlig falsche Behauptungen über die Realität in Bayern in die Welt zu setzen, ist schon mehr als dreist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Anschließend haben Sie erklärt, die Armut nehme nach wie vor zu bei Menschen mit und ohne Arbeit. Wir freuen

uns nach wie vor sehr darüber, dass Bayern die mit Abstand niedrigste Sozialhilfequote aller Bundesländer hat. In keinem anderen Bundesland sind weniger Menschen arm als in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Festzuhalten bleibt nach wie vor: Wir haben die sieben schlechten Jahre rot-grüner Regierung in Berlin nicht vergessen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

In diesen Zeiten wuchs die Armut in Deutschland und wuchs die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Rot-Grün hat mehr Menschen arm und arbeitslos gemacht. Deshalb weiß die Mehrheit der Menschen in Bayern: Wenn Sie bei uns das Sagen hätten, würde das auch in Bayern eintreten, und deshalb werden Sie auch nicht gewählt in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Am Wochenende habe ich den Zeitungen entnommen, dass Sie sich darüber ärgern, dass DGB-Chef Schösser die SPD manchmal mehr kritisiert als die CSU. Nun habe ich mir einmal angeschaut, was SPD-Chef Kurt Beck als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zu verantworten hat. Er regiert dort immerhin auch schon – leider, kann man nur sagen – seit 1994.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das freie Kindergartenjahr, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, die Ganztagschule, all das hat er zu verantworten!)

In Bayern gab es 1994 4 269 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, und in Bayern gibt es heute 4 381 000 Beschäftigte. Trotz aller Wirtschaftsprobleme, die Deutschland zwischenzeitlich hatte, sind dies 112 000 mehr.

(Zuruf von der SPD: Das kann man doch so nicht rechnen!)

Wenn Sie die Statistik in Rheinland-Pfalz anschauen, dann stellen Sie fest, dass Rheinland-Pfalz nach 13 Jahren Regierung von Kurt Beck sage und schreibe 5000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte weniger hat. Auch insoweit kann ich verstehen, dass der DGB über die Politik, die ein Kurt Beck veranstaltet, überhaupt nicht glücklich ist, und weshalb er solche Genossen kritisiert.

(Beifall bei der CSU)

Dasselbe gilt übrigens auch für die innere Sicherheit.

(Ludwig Wörner (SPD): Jawohl! Sofort totschießen!)

– Passen Sie nur auf, Herr Kollege Wörner!

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, das war nicht parlamentarisch und nicht angebracht.

Joachim Herrmann (CSU): In Bayern hatten wir im Jahr 1994 5742 Straftaten pro 100 000 Einwohner; im vergangenen Jahr waren es 5403. Das bedeutet einen deutlichen Rückgang.

14 Jahre Ministerpräsident Edmund Stoiber und 14 Jahre Innenminister Günther Beckstein haben Kriminalität in Bayern abgebaut und Bayern sicherer gemacht. Das ist die Zwischenbilanz.

(Beifall bei der CSU)

Im gleichen Zeitraum ist in Rheinland-Pfalz die Zahl der Straftaten von 6239 pro 100 000 Einwohner auf 7362 gestiegen. Das ist die „Erfolgsbilanz“ von Kurt Beck. Deshalb kann ich nur sagen, Herr Kollege Maget: Ich finde es ganz famos, dass Sie sich aufgeplustert haben und am Wochenende eine Rücktrittsforderung an den Bundesinnenminister gerichtet haben.

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Sie sollten lieber den Rücktritt einiger Unsicherheitsminister in einigen von Ihnen regierten Ländern fordern. Das wäre wesentlich klüger.

(Beifall bei der CSU)

Man muss nicht mit jeder einzelnen Äußerung von Wolfgang Schäuble übereinstimmen, aber dass Wolfgang Schäuble insgesamt auf jeden Fall ein hervorragender Bundesinnenminister ist und unsere Unterstützung hat, darf ich in diesen Tagen ausdrücklich bekräftigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger ernst. Wir nehmen auch die Verantwortung für die Freiheit der Bürger ernst. Deshalb fühlen sich die Menschen in Bayern sowohl sicher als auch frei. Sie fühlen sich in Bayern wohl.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das bestreitet niemand! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Das ist wunderbar. – Ich zitiere aus der Pressemitteilung der SPD, mit der sie zum Landesparteitag am vergangenen Wochenende eingeladen hat. Sie beginnt mit dem Satz: „Die Menschen fühlen sich wohl in Bayern, und der Lebensstandard ist hoch.“

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Das ist der erste Satz der SPD-Pressemitteilung. Das stimmt nicht ganz mit dem Bild von Bayern überein, das Sie und Herr Dürr in der letzten Stunde gezeichnet haben, aber richtig ist es auf jeden Fall.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Weiterlesen!)

Jetzt kommt der nächste Satz: „Maßgeblichen Anteil daran hat die Bayern-SPD.“

(Heiterkeit bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Das ist sage und schreibe der zweite Satz dieser Einladung. Man höre und staune: „Sie trägt in den Kommunen und Regionen Bayerns, wo die Wirtschaft boomt und die Arbeitslosigkeit stark abgebaut wird, Verantwortung: in München, Nürnberg, Augsburg...“

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Das ist ganz famos.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist auch richtig!)

Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum sich Ude, Maly und andere mit Händen und Füßen dagegen sträuben, auch nur in entferntester Weise in die Mitverantwortung für die Bayern-SPD eingebunden zu werden; denn mit diesem Haufen will man auf gar keinen Fall in irgendeiner Weise in Verbindung gebracht werden. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Seitdem wir über das Programm Bayern 2020 diskutieren, haben Sie eine neue, „geniale“ Oppositionslinie entwickelt. Danach hat die CSU alles bei der SPD abgeschrieben, alles ist von der SPD schon früher gesagt worden und erst jetzt hat es die CSU erkannt. Ich kann verstehen, dass es nach den großartigen Erfolgen der letzten Jahre und Jahrzehnte notwendig war, sich eine neue Oppositionsstrategie einfallen zu lassen. Aber ich bin relativ zuversichtlich: Wenn wir in das Wahljahr 2008 gehen und die Linie der SPD vor allen Dingen darin besteht, zu allem, was die CSU vorhat, zu erklären, sie habe das schon früher gesagt, dann ist mir um den Wahlausgang im Herbst 2008 nicht sonderlich bange.

(Beifall bei der CSU)

Entscheidend ist, dass wir in der Tat eine Idee nicht alleine deshalb, weil sie von der SPD für richtig gehalten wird, ablehnen, sondern wir räumen durchaus ein: Es gibt Ideen, die wir für richtig halten und die auch von Ihnen für richtig gehalten werden. Wir scheuen uns nicht, diese dann umzusetzen.

(Karin Radermacher (SPD): So eine Überheblichkeit! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ihr Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, ist, dass Sie nie erkennen, wann wir die besseren Ideen haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt überhaupt nicht!)

Deshalb werden Sie auf Dauer nicht vorankommen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir bei sehr vielen Sachen zustimmen!)

Nun haben Sie einige Bemerkungen zum Thema Kinderbetreuung und Kinderkrippen gemacht. Ich will dazu ganz nüchtern feststellen: Bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen steht Bayern nach wie vor an der Spitze aller 16 Länder. Kein Land in Deutschland hat eine so gute Versorgung mit Kindergartenplätzen wie Bayern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt auch nicht!)

Welche Stadt die schlechteste Versorgung mit Kindergartenplätzen hat, Herr Kollege Maget, brauche ich an dieser Stelle gar nicht zu betonen. Das haben Sie sich hoffentlich inzwischen hinter die Ohren geschrieben. Ich hoffe, dass sich auch die Landeshauptstadt München auf einem guten Weg befindet.

Wir haben kein Hehl daraus gemacht, dass wir bei den Kinderkrippenplätzen einen Nachholbedarf haben.

(Karin Radermacher (SPD): Und was für einen!)

Darum legen wir jetzt kräftig zu, und zwar mit einem beachtlichen Tempo. Wenn ich von den Zahlen ausgehe, die Christa Stewens genannt hat, dann muss ich sagen, dass wir wahrscheinlich schon in diesem Jahr eine Quote von etwa 10 % in Bayern erreichen werden.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Der Ministerpräsident hat die Zahlen schon genannt! Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit!)

– Wenn wir Kinderkrippen und Tagesmütter zusammennehmen, dann sind wir im Herbst dieses Jahres bei 10 %, mit stark steigender Tendenz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Berechnung erfolgt wohlgerne auf der Basis, dass wir die Kinder im ersten, zweiten und dritten Lebensjahr einbeziehen. Wenn man die Berechnungen von Berlin zugrunde legt, wonach nur die Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr einbezogen werden, dann sind wir schon bei 15 %. Wir werden da weitermachen. Wichtig ist uns – das will ich bekräftigen –, dass wir nicht nur quantitativ ausbauen, sondern auch die Qualität verbessern. Deshalb beinhaltet dieses Programm auch eine Qualitätsoffensive in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, dass er einen weiteren Punkt angesprochen hat, auch wenn er nicht Teil des bayerischen Zukunftsprogramms ist, sondern die Bundesebene betrifft. Genauso wie wir den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen wollen, wollen wir auch die Stärkung der Eltern, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmern. Wir stehen dazu: Wir brauchen ein Betreuungsgeld für die Eltern, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmern. Die brauchen genauso Anerkennung, und wir werden da nicht locker lassen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch klar: Krippen sind kein Ersatz für Ehe und Familie, sondern sie dienen dazu, dass junge Familien heute ihr Leben so gestalten können, wie sie es selbst wollen.

Wir wollen, dass Wahlfreiheit für junge Väter und Mütter herrscht.

(Franz Maget (SPD): Da schau her! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bravo!)

Deshalb geben wir mit diesem Zukunftsprogramm auch das klare Signal, die Ganztagschulen auszubauen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bravo!)

Es ist aber auch wichtig, dass wir uns mit dem Inhalt und dem beschäftigen, was dort stattfindet. Ich unterstreiche: Es geht nicht um Multikulti, nicht darum, dass irgendwas, irgendwo in irgendwelchen Stadtteilen, wie wir es von „famosen“ Ganztagschulen in Berlin gerade im letzten Jahr gehört haben, gemacht wird, sondern es geht darum, dass in Hauptschulen, in denen sich beispielsweise viele ausländische Kinder befinden, echte Integration stattfindet. Multikulti ist gescheitert. Wir brauchen Grundschulen, Hauptschulen und andere Schulen, in denen alle Kinder gut Deutsch sprechen und verstehen können. Nur dann haben sie eine Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Ich füge hinzu: Ob Vormittagsschule oder Ganztagschule, zu unserem Bekenntnis gehört auch, dass in der einen wie der anderen das Kreuzifix an der Wand hängen bleibt. Auch das gehört zu unserem Selbstverständnis, zu unserem Verständnis von bayerischer Schulpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ein Letztes zum Thema Kinderbetreuung und Schulen: Es gilt uneingeschränkt, dass die Eltern darüber entscheiden, was sie wollen. Ich habe es für absurd gehalten, dass die stellvertretende Vorsitzende des DGB

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): CDU-Mitglied!)

– darum ist es trotzdem absurd – am Sonntag oder Montag erklärt hat, in einigen Jahren müssten wir dazu kommen, dass alle Kinder verpflichtend die Kinderkrippe, alle verpflichtend den Kindergarten und alle verpflichtend die Ganztagschule besuchen müssten.

Meine Damen und Herren, das wird mit der CSU nicht gehen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget und andere Kollegen der SPD, ich will noch einmal Ihren Satz in Erinnerung rufen: Es wäre besser, wenn die CSU früher auf die SPD hören würde. Ich möchte dazu nur zwei Themenbereiche aufgreifen:

Ich habe gestern noch einmal Protokolle dieses Hauses aus den Siebzigerjahren zur Zukunft des ländlichen Raumes nachgelesen, weil mich Edmund Stoiber kürzlich auf die damaligen Debatten hingewiesen hat. Damals wurde von der SPD in diesem Hohen Hause erklärt, dass beispielsweise die regionale Wirtschaftsförderung und die Städtebauförderung künftig nur noch auf zentrale Orte mit einem Einzugsbereich von mindestens 40 000 Arbeit-

nehmern konzentriert werden sollten. Hier war noch nicht einmal von Einwohnern die Rede, sondern nur von Arbeitnehmern. Alle anderen Orte hätten auf Dauer keine echte Zukunft.

(Franz Maget (SPD): Protokolle aus den Siebzigerjahren! Jetzt müssen Sie aber sehr weit zurückgreifen!)

Das war die damalige Perspektive der SPD, unterstützt von einem Raumordnungsminister Hans-Jochen Vogel in Bonn, der in seiner Euphorie über die Großstadt München von Bonn aus eine solche Planung in Gang setzen wollte, weil nach seiner Auffassung die Zukunft Bayerns nur noch in großen Ballungsräumen lag.

(Franz Maget (SPD): Das sagt Herr Schaidinger heute noch!)

Wir sind heute dankbar dafür – und erst recht die Menschen im ländlichen Raum –, dass diesen Konzepten der SPD damals nicht gefolgt wurde. Meine Damen und Herren, der ländliche Raum in Bayern wäre heute tot.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion hat deshalb ganz bewusst in dieses Zukunftsprogramm ein paar Signale in Richtung des ländlichen Raumes eingebaut. Natürlich ist der ländliche Raum mehr als nur Staatsstraßen, Dorferneuerung und Städtebauförderung. Die CSU-Landtagsfraktion und die Staatsregierung geben damit jedoch ein klares Signal: Wir stehen zum ländlichen Raum und wir werden alles dafür tun, dass sich in unserem Land gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln.

(Franz Maget (SPD): Das steht in der Verfassung!)

Wir tun dies, damit die Menschen in allen Teilen unseres Landes eine gute Zukunftsperspektive haben.

Ein letztes Beispiel, bei dem besonders deutlich wird, wie verhängnisvoll es gewesen wäre, wenn wir den Vorschlägen und Ratschlägen der SPD gefolgt wären: Ich spreche von der finanziellen Situation unseres Landes und dem klaren Kurs Bayerns, der Staatsregierung und der Mehrheit dieses Landtags zum Abbau der Neuverschuldung. Wir haben dies in diesem Hause seit 1999 gegen Ihren erbitterten Widerstand durchgesetzt. Ich könnte hier der Reihe nach die Reden aufzählen, die Sie zu diesem Thema gehalten haben. Sie haben darin versucht, den Ministerpräsidenten und den Finanzminister zu geißeln, weil Sie diese Politik für völlig verkehrt und falsch gehalten haben. Meine Damen und Herren, heute können wir die Ernte dieses richtigen Kurses einfahren.

Ich gestehe ganz offen, dass dieser Kurs auch für unsere Fraktion nicht immer einfach war. Heute geht es nicht darum, darzulegen, ob jedes einzelne Detail dieses Weges in den letzten sechs bis acht Jahren richtig war. Entscheidend ist, dass wir immer das Ziel im Auge behalten haben, konsequent auf dieses Ziel zusteueren und keine neuen Schulden mehr gemacht haben.

Es wird sicherlich noch Zeit sein, über die Bilanz von Edmund Stoiber insgesamt nachzudenken.

(Franz Maget (SPD): Da bin ich gespannt!)

Die Durchsetzung des Abbaus der Neuverschuldung zählt jedoch sicherlich zu den großartigsten Markenzeichen seiner Amtszeit.

(Beifall bei der CSU)

Jeder in diesem Hause weiß, dass dies ohne seine Hartnäckigkeit nicht gelungen wäre.

(Franz Maget (SPD): Vorsicht, Herr Kollege Herrmann! Herr Stoiber ist schon ganz unruhig!)

Damit ist es ihm gelungen, bei diesem Thema einen Stimmungsumschwung in ganz Deutschland zu erreichen. Inzwischen verändert ein Bundesland nach dem anderen seinen Kurs. Bundesländer, die noch vor Kurzem immer höhere Schulden aufgenommen haben, halten inzwischen inne und merken, dass es so nicht weitergeht. Die Kommission zur Föderalismusreform II hat inzwischen die ganz selbstverständliche Arbeitsgrundlage, dass in Zukunft keine neuen Schulden mehr gemacht werden sollen. Jetzt geht es nur noch darum, wie die einzelnen hoch verschuldeten Länder einen Weg aus ihren Schulden finden.

Das ist eine beachtliche Entwicklung, die um so höher einzuschätzen ist, als sie im Interesse der nachfolgenden Generationen steht. Die einen oder anderen Bürger, die heute leben, wurden dadurch belastet und haben Zumutungen erfahren. Das war aber trotzdem die richtige Politik in der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

Herr Kollege Maget, Sie liegen dagegen in Ihrer Bewertung des Haushalts völlig neben den Tatsachen. Die Entscheidungen der letzten acht Jahre zur Haushaltskonsolidierung in Bayern haben dazu geführt, dass wir heute im Vergleich zur Haushaltsstruktur der Jahre 2000 oder 2001 insgesamt eine um zwei Milliarden Euro geringere Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben haben. Das bedeutet, wir müssten heute zwei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, wenn wir noch die Haushaltsstrukturen des Jahres 2000 hätten. Deshalb ist Ihre Aussage von vornhin völlig falsch: Wenn wir in den letzten Jahren nicht gehandelt hätten, hätten wir heute nicht 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, sondern wir müssten immer noch Schulden aufnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Nur dank dieses konsequenten finanzpolitischen Kurses haben wir heute diesen Spielraum.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf wessen Kosten?)

Wenn diese positive wirtschaftliche Entwicklung weitergeht und wenn die Steuereinnahmen stabil bleiben, wird die neue Staatsregierung im nächsten oder übernächsten Jahr noch mehr Spielraum haben und kann noch mehr neue Zukunftsinvestitionen tätigen. Es wäre jedoch der alte Fehler von früher – der ist typisch für Sie, Herr Kollege

Maget –, wenn wir heute schon wieder Gelder versprechen würden, die wir gar nicht haben. Deshalb machen wir heute nur ein Programm mit dem Geld, das wir heute haben. Wenn im nächsten Jahr wieder mehr Geld zur Verfügung stehen wird, können wir das nächste Programm auflegen. Das ist seriöse Finanzpolitik. Davon verstehen Sie aber in der Tat relativ wenig.

Meine Damen und Herren, dieses Land steckt voller Chancen. Bayern ist ein Chancenland. Unser Ziel ist es, allen Menschen in unserem Land bestmögliche Chancen zu bieten. Aber Chancen zu bieten ist das eine, Chancen erfolgreich wahrzunehmen das andere. Deshalb ist es auch wichtig, junge Menschen zu motivieren, ihre Chancen wahrzunehmen. Das ist unser Ansatz mit diesem Programm. Wir wollen Chancen vermitteln und gleichzeitig junge Menschen in unseren Bildungseinrichtungen motivieren. Wir wollen ihnen Freude an der Leistung und Freude am Erfolg geben.

Wir brauchen weniger Neid in unserer Gesellschaft, sondern sollten sagen: Toll, da ist jemand, der was leistet, da ist jemand, der sich anstrengt. Wir wollen dieser Gesellschaft den politischen Rahmen dafür geben, dass es jungen Menschen Spaß macht, sich anzustrengen, ihre Talente einzubringen und ihre Chancen wahrzunehmen. Dafür bietet dieses Zukunftsprogramm eine hervorragende Grundlage. Ich bin sicher, dass die Menschen in unserem Land dies zu schätzen wissen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auf Erfolgskurs. Heute wird mit diesem Zukunftsprogramm der Kompass für die nächste Etappe eingeordnet. Die Marschrichtung, die Edmund Stoiber heute erläutert hat, hat die volle Unterstützung der CSU-Landtagsfraktion. Edmund Stoiber hat mit diesem Programm sozusagen zum Schlusspunkt angesetzt.

In zwölf Wochen ist die Staffelübergabe. Am Donnerstag wird die CSU-Landtagsfraktion Günther Beckstein als nächsten Staffelläufer nominieren. Dieses Programm gibt ihm Rückenwind für den Start, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend aber feststellen: Ministerpräsident Edmund Stoiber hat heute zu Recht auch ein Stück Bilanz gezogen – eine großartige Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Heute ist noch nicht der Zeitpunkt – ich sage das noch einmal – für eine zusammenfassende Würdigung oder gar einen Abschied, aber heute besteht wieder einmal Gelegenheit, Dank zu sagen – Dank zu sagen für unermüdliches Engagement, Dank zu sagen für einen mutigen Einsatz, Dank zu sagen für kluge Perspektiven. Die Menschen in Bayern haben in ihrer Gesamtheit heute so gute Zukunftschancen wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Bayern ist vital, und Bayern ist fit für die Zukunft. Dazu haben viele und vieles beigetragen, aber in den letzten 25 Jahren seiner Mitgliedschaft in der Bayerischen Staatsregierung und in den letzten 14 Jahren als Ministerpräsident nicht zuletzt,

ja man möchte sagen, wahrlich immer vorne weg Edmund Stoiber.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Schluss dieser Aussprache nur sagen: Respekt und herzlichen Dank und Vergelts Gott, Edmund Stoiber.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Ministerpräsident Stoiber das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, ich melde mich bestimmt nicht zu einer umfassenden Zusammenfassung, sondern nur zu einer ganz kurzen Anmerkung am Ende dieser Debatte. Ich war schon immer ein, wie man so schön sagt, Homo politicus. Ich habe mich schon relativ früh in der Schule politisch engagiert. Ich habe aber noch einmal nachgerechnet: Mit 6 Jahren war ich natürlich noch nicht im Landtag politisch aktiv. Ich wurde also nicht 1947, sondern 1974, also einige Jahre später, erstmals in den Landtag gewählt.

(Franz Maget (SPD): Das wird im Protokoll vermerkt!)

– Das wird im Protokoll vermerkt.

Meine Damen, meine Herren, ich verstehe, dass die Kollegen der Opposition an dieser Regierungserklärung Kritik üben. Mein Ziel war und ist, deutlich zu machen, dass wir in jeder Phase vor spezifischen Herausforderungen standen, ob das nun in den Achtziger- oder Neunzigerjahren war oder in diesen Jahren ist. In zehn Jahren stehen wir wieder vor neuen Herausforderungen. Man muss immer wieder in der Lage sein, sich den Herausforderungen zu stellen. Das hatten wir in den Neunzigerjahren gemacht, und das will ich und wollte ich auch mit diesem Programm tun.

Das Programm Bayern 2020 ist eine Zielmarke. Was wird sich bis zum Jahre 2020 verändern? Darüber wird sehr viel geschrieben. 2020 ist eine Marke für Europa, für die G 8, für Deutschland. Jeder richtet sich danach aus und fasst die nächsten 13 Jahre bis zum Jahr 2020 ins Auge. Ich fand etwas schade, dass Sie sich grundlegend ein bisschen zu wenig damit auseinandergesetzt haben, was uns die nächsten Jahre bewegen wird.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

– Ich sage das ohne Schärfe. Sie können das natürlich machen; das ist doch gar keine Frage. Herr Maget, ich glaube, mit Einzelproblembeschreibungen zu Punkten, in denen die Staatsregierung oder ich nach Ihrer Auffassung versagt haben soll, mit einer solchen Strategie und Taktik werden Sie die Menschen nicht dafür gewinnen können, die Entwicklung mitzugestalten. Es geht doch um Folgendes: Wir haben ein Riesenproblem – das wir heute schärfer sehen als vielleicht vor vier oder fünf Jahren.

Das Riesenproblem besteht darin, dass heute Milliarden von Menschen am Globalisierungsprozess teilnehmen, den es vor 20 oder 10 Jahren noch nicht gab. Das wird unser Leben möglicherweise ganz gravierend verändern, weil heute andere Länder wie China und Indien mit uns in Wettbewerb getreten sind und in Zukunft noch stärker treten werden, die gestern noch gar nicht auf dem Markt waren. Wir werden weniger, die anderen werden mehr. Wir müssen natürlich schauen, dass wir mit all dem, was wir haben – –

(Franz Maget (SPD): Das ist doch Allgemeingut!)

– Ja, Allgemeingut! Aber es stellt sich natürlich die Frage: Wo setzen wir an, wie gehen wir die Herausforderungen an? Wir setzen vor allem in der Forschung, in der Hochtechnologie und in der Innovation an.

(Franz Maget (SPD): Kein Widerspruch!)

– Herr Maget, schauen Sie: Ein Land wie Bayern steht natürlich zunächst einmal im Wettbewerb mit den anderen 15 Ländern Deutschlands. Deswegen ist es schwierig, Bayern mit der Nation Finnland zu vergleichen. Finnland ist ein souveräner Staat und hat einen Rahmen, den Finnland selbst ändern kann. Wir dagegen sind ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Vieles wird nicht in Bayern entschieden, sondern in Berlin. Ich nenne ein Beispiel: Im Zusammenhang mit der Umsatzsteuer und Österreich haben wir ein echtes Problem für den Fremdenverkehr. Wir in Bayern würden es gerne lösen. Wenn wir die Kompetenz hätten, würden wir eine stärkere Wettbewerbsgerechtigkeit gegenüber dem österreichischen Fremdenverkehr herstellen. Wir können das aber nicht. Es ist immer ein Problem, uns mit anderen souveränen Staaten zu vergleichen. Deswegen müssen Sie uns mit den anderen Ländern in Deutschland vergleichen.

(Franz Maget (SPD): Kein Widerspruch!)

Da gibt es starke Länder, tradiert starke Länder wie Baden-Württemberg, und es gibt Länder, die einmal stark waren und aufgrund der Strukturprobleme etwas schwächer geworden sind wie Nordrhein-Westfalen. Für mich und für die Menschen ist entscheidend: Das wirtschaftliche Wachstum ist nicht alles, aber ohne wirtschaftliches Wachstum – das haben wir in der Diskussion um das Null-Wachstum gelernt – können wir letzten Endes auch politisch weniger gestalten.

(Franz Maget (SPD): Kein Widerspruch!)

Wir liegen diesbezüglich heute mit an der Spitze. In den beiden Reden haben Sie aber den Eindruck erweckt, als ob wir sozusagen in einem Armenhaus leben würden.

(Franz Maget (SPD): Nein!)

Wir sind das Land mit dem höchsten wirtschaftlichen Wachstum. Wir sind nach Baden-Württemberg – vielleicht erreichen wir im Herbst Baden-Württemberg sogar – das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Baden-Württemberg hat eine Arbeitslosenquote von 4,8 %, Bayern eine Arbeitslosenquote von 5,0 %. Wahrscheinlich werden wir demnächst unter 5 % liegen. Das war nicht immer so. Vor 20 Jahren hatten wir in Ostbayern riesige

Probleme. Heute haben wir auch noch Probleme, aber die Probleme, die wir hatten, haben wir durch unsere Politik ein Stück verringert.

Zur Bildungspolitik. Ich vergleiche, was die anderen Länder, gemessen in Prozent ihres Haushaltsvolumens, für die Bildung ausgeben. Ich stelle fest, dass wir in diesem Bereich ganz vorne liegen. Betrachten Sie die Rankings der Universitäten. Andere Länder haben es nicht gern gesehen, dass zwei der drei Eliteuniversitäten in Bayern sind und dass zwei andere Universitäten, nämlich Nürnberg/Erlangen und Würzburg nahe daran waren.

Kollege Beck hat im letzten Jahr erklärt: Ich habe den verdammten Ehrgeiz, noch an die Bayern heranzukommen. Diese Aussage ist etwas, das wir als selbstverständlich nehmen. Wir sollten uns aber bewusst machen: Kurt Beck, ein Ministerpräsident der SPD, der auch Parteivorsitzender der SPD ist und möglicherweise noch andere Aufgaben anstrebt, hat das gesagt. Wenn sich Herr Beck an der Benchmark Bayern ausrichtet, dann kann das, was Sie gesagt haben, einfach nicht stimmen, dann zeichnen Sie hier ein Zerrbild Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Das spüren natürlich die Menschen in Bayern. Die Menschen, die in Bayern leben, haben Verwandte, Freunde oder Kollegen außerhalb Bayerns. Wenn Sie privat oder beruflich mit Menschen außerhalb Bayerns reden, dann werden Sie immer feststellen, dass die Bayern hoch angesehen sind. Das schafft natürlich auch ein selbstbewusstes Lebensgefühl. Ihr Problem ist dieses Lebensgefühl der Menschen, ein Stück stolz zu sein auf dieses Land, ein Stück stolz zu sein auf die Leistungsentwicklung dieses Landes, ein Stück stolz zu sein auf Kultur, Wirtschaftsstruktur und und und. Sie verkörpern das mit Sicherheit nicht. Die Menschen verbinden dieses Bayern nicht mit Ihnen.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Warten Sie nur ab!)

Das ist vielleicht auch ein Stück Vermächtnis: Wenn Sie heute in Hamburg, Berlin oder sonst wo die Menschen fragen: Was verbinden Sie denn eigentlich mit Bayern?, dann wird es eine Reihe von Menschen geben, die an vierter, fünfter, sechster oder siebter Stelle sagen: Sie haben dort auch eine starke CSU. Niemand wird Bayern mit der SPD oder den GRÜNEN in irgendeiner Weise in Verbindung bringen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das, was wir brauchen. Ich wünsche mir, dass das in der Zukunft genauso gewahrt wird – vom Parteivorsitzenden der CSU und dem neuen Ministerpräsidenten. In diesem Sinne alles Gute. Wir werden uns bei vielen Gelegenheiten wieder sehen – natürlich nicht von diesem Platz aus –, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, machen Sie sich keine Sorgen. Ich freue mich schon auf einen anderen Abschnitt meines Lebens. In diesem Sinne alles Gute und viel Erfolg. Ich sage noch einmal: Gott schütze Bayern. Ich sage noch einmal: Bayern muss sich in Gottes Namen weiter optimal entwickeln. Das ist unser gemeinsamer Auftrag – an Sie, an die Mehrheits-

fraktion und an alle, die Verantwortung tragen. In diesem Sinne alles Gute. Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Ministerpräsident, vielen Dank! Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der guten Zeitschiene rufe ich noch vier Tagesordnungspunkte auf, zu denen keine Aussprache stattfindet, damit wir morgen nicht in zeitliche Rückstände geraten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Anlage 1 zur Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe aufgeführt. Die Liste enthält auch zu jedem Gesetzentwurf einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung.

Wer mit der Überweisung der in der Anlage enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte noch ein bisschen um Aufmerksamkeit. Keine Gespräche in den Gängen! Wir haben nachher den Sommerempfang. Da können Sie sich ohne Einschränkungen unterhalten. Also, ich lasse noch einmal abstimmen: Wer mit der Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Liste siehe Anlage)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u. a. (CSU) zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 15/8231) – Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/8231 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf der Drucksache 15/8640 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2007“ eingefügt wird. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Herr Ministerpräsident, Herr kommender Ministerpräsident. Es wird doch hier nicht Probleme bei der Amtsübergabe geben.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Damit besteht Einverständnis.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Entwurf eines Zusatzprotokolls
zum Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom
15. November 1924 gemäß Art. 72 Abs. 2 der Verfassung
des Freistaates Bayern (Drs. 15/7745)
– Zweite Lesung –**

Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 15/7745 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf der Drucksache 15/8584 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen.

Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem
Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen
über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1
und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und
zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der
Länder (Drs. 15/8274)
– Zweite Lesung –**

Eine Aussprache findet nicht statt, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 15/8274 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf der Drucksache 15/8627 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen.

Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls so beschlossen. Dem Staatsvertrag ist zugestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Landtagspräsidenten und des gesamten Präsidiums lade ich Sie recht herzlich ein, die Aussprache zur Regierungserklärung beim Sommerempfang in Oberschleißheim fortzusetzen. Herzlich dort willkommen. Ansonsten einen schönen Abend. Für heute ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 16.39 Uhr)

Anlage zur Tagesordnung der 99. Plenarsitzung:

Erste Lesungen

(Tagesordnungspunkt 2a)

Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV)
Drs. 15/8601

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

2. Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern
Drs. 15/8602

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

